

LANDTAG INTERN

Informationen aus dem Landtag Nordrhein-Westfalen · Ausgabe 10 · 40. Jahrgang · 14. Wahlperiode · 4.11.2009

Planung

S. 3, 4

NRW ist Energieland. Aber welcher Art die Energieversorgung sein soll – fossil, atomar oder erneuerbar – und wie die Standortplanung hierfür aussehen soll, war Streitfall im Landtag.

Perspektive

S. 6

Insolvenz bedeutet den Verlust von Arbeitsplätzen und Ausbildungsplätzen. Wie kann Jugendlichen geholfen werden, die mitten in der Lehre hiervon betroffen sind? Eine Diskussion verschiedener Ansätze.

Prävention

S. 7-11, 13

Gesundheit: Solange man sie hat, ist sie eine Selbstverständlichkeit. Was tun, um sie zu erhalten? Was tun, um für den Krankheitsfall vorzusorgen? Hier ist auch die Politik gefragt.

Pluralismus

S. 15

Medien und Meinungen: Ihre Vielfalt ist ein Grundpfeiler unserer Demokratie. Aber Kommunikationswege ändern sich. Grund für eine Expertenanhörung zum Verhältnis von Zeitung und Rundfunk.

Gesundheit und Ernährung

Ein Thema mit Biss



Foto: Schälte

Keine Selbstverständlichkeit

Draußen ist es jetzt ungemütlich, manch einer ist verschnupft. Wer allerdings nicht gerade krank ist, dem ist das Thema „Gesundheit“ in der Regel auch nicht präsent. Wird man aber krank, so ist die Erwartung an eine gute ärztliche Versorgung, an ein funktionierendes Gesundheitssystem oder an die Rücksichtnahme anderer Menschen groß. Aus persönlicher Sicht ist Gesundheit oft selbstverständlich und steht daher oft nicht auf der Tagesordnung. Im Großen und Ganzen allerdings ist Gesundheit ein Dauerthema. Nicht nur die großen Schrauben gilt es zu drehen, damit das Gesamtsystem funktioniert. Die Politik ist außerdem gut beraten, vorbeugendes, gesundes Verhalten zu begünstigen und zu unterstützen. Denn oftmals sind die Konsequenzen einer ungesunden Lebensweise teurer, als es die Prävention gewesen wäre.

NORMALFALL UND NOTFALL

Was aber ist Gesundheit genau, was gesundes Leben? Nur auf den ersten Blick beschränkt sich dies auf Nicht-Kranksein, auf möglichst wenige Arztbesuche. Dazu gehören im Alltag richtige Ernährung sowie genügend Bewegung, und dies möglichst von Kindesbeinen an. Und was, wenn es trotz

bester Vorsätze zum Äußersten kommt, etwa durch einen Unfall? Dann muss es einen Notfallplan geben. In diese Kategorie gehört das Thema Organspende, das vielen längst selbstverständlich, vielen aber auch immer noch ein Tabu ist. Da es sich hier um eine höchstpersönliche Entscheidung handelt und solche Fragen – wie etwa auch die der Patientenverfügung – sehr sensibel sind, besteht die Aufgabe der Politik vor allem darin zu werben, für Aufmerksamkeit zu sorgen, die Bürgerinnen und Bürger damit zu konfrontieren, ohne Entscheidungen vorzuschreiben. Die körperliche Unversehrtheit ist ein hohes Gut, das für vieles Andere, was oft wichtiger erscheint, die Voraussetzung ist. Aber nicht nur körperliche, auch seelische Gesundheit ist keine Selbstverständlichkeit. In der heutigen Zeit klagen bereits Kinder und Jugendliche aus verschiedenen Ursachen über hohen Stress oder zeigen entsprechende Krankheitsbilder. Auch bei solch neuen Themenfeldern muss die Landespolitik, gemeinsam mit Menschen vom Fach, überlegen, was zu tun ist, und welche Rahmenbedingungen verbessert werden können. Genau dies tut der Landtag. Die Debatten zu Organspenden, gesunden Lebensmitteln, dem Schulobstprogramm und zur Kinderpsychiatrie sind nur einige Beispiele dafür, dass die Abgeordneten kontinuierlich an Inhalten und Maßnahmen arbeiten, um die Gesundheit der hier lebenden Menschen zu bewahren und zu verbessern. SOW



Schwerpunkt: Gesundheit und Ernährung

Ein Beitrag zum Leben	7
Grüne Cola, rote Milch	8
Knackfrisches fürs Klassenzimmer	9
Schlag auf Schlag	10-11
Hand in Hand handeln	13

Leserservice & kostenloses Abonnement

Sie sind umgezogen und haben eine neue Adresse oder möchten Landtag Intern kostenfrei abonnieren? Dann wenden Sie sich bitte postalisch, telefonisch oder per E-Mail an die VVA Kommunikation GmbH · Abo- und Leserservice · Postfach 105153 · 40042 Düsseldorf · Sabrina Gebhard · Telefon: (0211) 7357-155 · Fax: (0211) 7357-891 · E-Mail: leserservice@vva.de

Vielen Dank! Ihre Landtag Intern-Redaktion

Inhalt

Aus dem Plenum:

Landesplanung: Unterschiedliche Standpunkte zu Standorten	3
Energiepolitik: Atomfrage spaltet Landtag	4
Integration: Sport als Mittel zum Wir-Gefühl	4
Transparenz: Steuerverschwendung oder Vertrauensbildung?	5
Auszubildende: Nicht ins Leere fallen	6

Aus den Ausschüssen:

Meldungen	14
Medien: Maßnahmen gegen das Meinungsmonopol	15
Resozialisierung: „Reformieren oder abschaffen?“	18
Gesetzgebung	12
Aus den Fraktionen	16-17
Porträt: Marc Ratajczak (CDU)	19
Impressum	19
Termine	20

Unterschiedliche Standpunkte zu Standorten

Harte Auseinandersetzung über das Landesplanungsrecht und seine Folgen

7. Oktober 2009 – Von einem „Verrat an den Interessen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer“ und – im Gegenzug – von einem „schauerlichen Bild schludrigen Regierungshandelns“ war im Plenum die Rede. Auf Antrag der SPD-Fraktion thematisierte der Landtag in einer Aktuellen Stunde die Politik der schwarz-gelben Landesregierung in Sachen Landesplanung. Verbunden mit den aktuellen Gerichtsurteilen zum Einkaufszentrum Ochtrup und zum Steinkohlekraftwerk Datteln wurde daraus ein Schlagabtausch über die Standort- und Wirtschaftspolitik der Landesregierung.



Wirtschaftsministerin Christa Thoben und Oliver Wittke (beide CDU)

Fotos: Schälte

„Die Regierung hat keinen Plan für dieses Land“, ging **Thomas Eiskirch** (SPD) mit der Planungspolitik der schwarz-gelben Landesregierung in die Kritik. Trotz aller Ankündigungen gelte derzeit in NRW noch das Landesentwicklungsprogramm von 1989 in Verbindung mit dem Landesentwicklungsplan von 1995; die erforderliche Neuausrichtung liege auf Eis. Wichtige Fragen wie die Sicherung von Flächen für Tourismus, Landwirtschaft und für erneuerbare Energien blieben unbeantwortet. Der aus seiner Sicht gegebene „Planungsstillstand“, so der SPD-Sprecher, habe konkrete Auswirkungen: So sei laut Oberverwaltungsgericht bei dem großflächigen Einkaufszentrum in Ochtrup eine zu erteilende Genehmigung rechtswidrig versagt worden. In Datteln wiederum sei eine zu versagende Genehmigung für ein Kohlekraftwerk rechtswidrig erteilt worden.

Oliver Wittke (CDU) forderte dagegen von den Oppositionsparteien, an den „Grundfesten“ einer Politik festzuhalten, die sie selbst über Jahre hinweg betrieben hätten. „Wir wollen das Factory Outlet Center in Ochtrup nicht. Wir wollen das Kohlekraftwerk Datteln, und wir wollen es an diesem Standort“, erklärte der CDU-Sprecher. Die rechtlichen Grundlagen für

das Kraftwerk Datteln datierten von 1987 und 2004, also aus Zeiten, in der die SPD bzw. die rot-grüne Landesregierung politische Verantwortung getragen habe. Es sei falsch, von diesem Weg abzuweichen. Gleiches gelte für eine Politik, die zugunsten der Innenstädte und gegen „Wildwest auf der grünen Wiese“ vorgehe. Schließlich kündigte Wittke an, bis Ende des Jahres werde ein Entwurf zur notwendigen Zusammenführung von Landesentwicklungsplan und Landesentwicklungsprogramm vorgelegt.

„Das größte Risiko für Investitionen in NRW ist die fachliche Inkompetenz der Landesregierung“, betonte **Reiner Priggen** (Grüne). Er warf der CDU/FDP-Landesregierung mit Blick auf das Kohlekraftwerk Datteln eine „Bekennnispolitik“ vor; diese könne aber die fachliche Auseinandersetzung mit dem Urteil des Oberverwaltungsgerichts nicht ersetzen. Darin würden schwere Versäumnisse der aktuellen Landesregierung insbesondere zu planungs- und immissionsschutzrechtlichen Fragestellungen festgestellt; immerhin beziehe sich das Gericht auf den in schwarz-gelber Regierungszeit beschlossenen Regionalplan 2006. Der vorliegende Antrag helfe weder den betroffenen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern noch dem

Investor, der 600 Millionen Euro in ein Objekt investiert habe, das nun de facto ein „Schwarzbau“ sei.

Für **Holger Ellerbrock** (FDP) stand fest, dass das Urteil zum Kraftwerk in Datteln „Spielregeln“ klarer gefasst und neue Kriterien definiert habe. Als Konsequenz daraus müsse man bei Standortentscheidungen den Abwägungsvorgang noch detaillierter darstellen. Aus seiner Sicht beinhalte die Sicherung bestehender Industriestandorte auch die Erweiterung und Erneuerung vorhandener Anlagen. Das sei der Kern der Debatte um das Kohlekraftwerk Datteln. Ellerbrock warnte vor einer Politik, in der aus Sicherheits- bzw. Umweltbedenken weder aus Öl, Gas, Kohle und Atom noch aus Wasser- und Windkraft Strom gewonnen werden dürfe. Was die Landesplanung angehe, so der FDP-Sprecher, bedeute die von der Opposition durchgesetzte Trennung von Europa- und Kommunalwahlen eine Beratungsverzögerung in diesen Fragen von zwei Monaten.

„Die SPD will nicht Teil einer Koalition für das Kraftwerk Datteln sein.“ **Wirtschaftsministerin Christa Thoben** (CDU) bewertete das Genehmigungsverfahren für das Kohlekraftwerk Datteln so, dass die jeweils zuständigen Landesregierungen – seien sie von SPD, Grünen oder CDU und FDP getragen – den Planungsentscheidungen zugestimmt hätten. Dies ergebe sich aus der bis 1987 zurückreichenden „unzweifelhaften“ Beschlusslage. Und wenn in der Landes- und Regionalplanung eine Fläche für ein Kraftwerk ausgewiesen sei, dann sei es gleich, ob ein Umbau, eine Erweiterung oder ein Neubau vorgenommen werde, so die Energieministerin. Die aktuellen Gerichtsurteile – auch mit Blick auf das Factory Outlet Center in Ochtrup – hätten zur Folge, dass der Entwurf zum neuen Landesentwicklungsprogramm nun überarbeitet werden müsse.

cw



Thomas Eiskirch (SPD)

Reiner Priggen (Grüne)

Holger Ellerbrock (FDP)

Atomfrage spaltet Landtag

Abgeordnete streiten über zukünftige Energieversorgung

7. Oktober 2009 – Auf der Grundlage eines Eilantrags der SPD-Fraktion (Drs. 14/9940) sowie eines Entschließungsantrags der Grünen (Drs. 14/9954) kam es im Landtag zu einem Wortgefecht über die Zukunft der Energieversorgung. SPD und Grüne wandten sich gegen die Laufzeitverlängerung für Kernkraftwerke. CDU und FDP betonten demgegenüber die Notwendigkeit, den Energiemix auch durch Kernenergie zu stärken.

„NRW ist wegen des Atomausstiegs das führende Energie- und Industrieland in Deutschland geworden“, sagte André Stinka (SPD). Er betonte die Konzentration auf heimische Energieträger sowie auf einen wachsenden Anteil erneuerbarer Energien. Um diese Strategie erfolgreich weitergehen zu können, dürfe es nicht zu einer Laufzeitverlängerung von Atommeilern kommen. Notwendig seien jetzt Investitionen in hocheffiziente Kraftwerke wie auch in Wärmespeicheranlagen, finanziert aus dem Emissionshandel.

Die SPD verfolge keine zeitgemäße Energiepolitik, sondern eine „Energiepolitik aus der Römer-Zeit“, kritisierte Christian Weisbrich (CDU). Es sei angesichts der Umweltverschmutzung nicht mehr zeitgemäß, „hoch subventionierte“ Kohle in „hoch subventionierten“ Kondensati-

onskraftwerken zu verbrennen und gleichzeitig weitgehend kohlendioxidfreie Kernkraftwerke abzuschalten. In der Klimaschutzpolitik solle die SPD keine neuen Feindbilder gegenüber Unternehmen und Gewerkschaft aufbauen.

Für einen ausgewogenen Energiemix plädierte Dietmar Brockes (FDP). Dazu gehörten erneuerbare Energieträger ebenso wie Kohlekraftwerke und Kernenergie. Diese Energieträger würden Preise dämpfend Energie weitgehend ohne CO₂-Ausstoß produzieren. Die deutschen Kernkraftwerke sparten pro Jahr so viel CO₂ ein, wie der gesamte deutsche Straßenverkehr jährlich ausstoße, so Brockes. Außerdem sei es nicht zu vermitteln, warum man in Deutschland die sichersten Kernkraftwerke der Welt abschalte.

„Wir müssen auf eine emissionsfreie Stromerzeugung umsteigen“, forderte Reiner Priggen (Grüne) und verwies auf die von Bundeskanzlerin Merkel unterschriebene Vereinbarung, nach der Deutschland 80 Prozent seiner Emissionen reduzieren solle. Da man die 20 Prozent Restemissionen für die Chemie-, Stahl- und Zementindustrie sowie für die Landwirtschaft brauche, müssten Stromerzeugung wie auch Automobilität eben emissionsfrei werden. Dieses Ziel ließe sich nur durch erneuerbare Energien erreichen.

Auch Energieministerin Christa Thoben (CDU) begrüßte „im Sinne einer sicheren, preiswerten und umweltverträglichen Energieversorgung“ den Mix aus fossilen und erneuerbaren Energieträgern und der Kernenergie. Oberste und dringendste Gebote seien die Sicherheit nuklearer Stromerzeugung sowie die Lösung der Endlagerfrage. Thoben wandte sich dagegen, über eine Vollversteigerung der Emissionen Geld von der Wirtschaft „einzusammeln“ und dann „Förderprogramme für einzelne Kraftwerke aufzulegen“.

Eva Heemann, cw

Der Eilantrag der SPD (Drs. 14/9940) wurde mit den Stimmen von CDU, FDP und Grünen abgelehnt. Gegen den Entschließungsantrag der Grünen (Drs. 14/9954) stimmten CDU, FDP und SPD.

Sport als Mittel zum Wir-Gefühl

Eine Debatte über die Integrationskraft des Sports

7. Oktober 2009 – In Nordrhein-Westfalen leben nach Angaben der Landesarbeitsgemeinschaft der kommunalen Migrantenvertretungen rund 4,1 Millionen Menschen mit Zuwanderungsgeschichte (Stand 2008). Der Sport könne einen wichtigen Beitrag zur Integration leisten, meinen CDU und FDP in einem Antrag (Drs. 14/9914) und fordern unter anderem, Handlungsempfehlungen für die Vereine zu entwickeln. SPD und Grüne entgegneten in der Plenardebatte, der Antrag stimme nicht mit der sportpolitischen Realität in NRW überein.

Holger Müller (CDU) bezeichnete den Sport als „beste Integrationsmotivation in unserer Republik“. Mit Förderprogrammen wie dem Projekt „1.000 mal 1.000“ werde es Menschen mit ausländischen Wurzeln ermöglicht, einen guten Anschluss an die Gesellschaft zu finden. Nun sei es wichtig, „in diesem wichtigen Bereich für die Zukunft weiter voranzukommen“.

Christof Rasche (FDP) hob hervor, wie wichtig ehrenamtliches Engagement im Sport sei. Da die

Integration durch den Sport oft sehr gut gelinge, wünsche sich seine Fraktion insbesondere mehr Migrantinnen in den Vereinen. Dieses Ziel unterstütze der Antrag.

Gerd Stüttgen (SPD) kritisierte, der Antrag verkenne die besondere Bedeutung des Ehrenamts und die finanziell schwierige Situation vieler Sportvereine in NRW. Ein großer Teil der Sportstätten sei marode und sanierungsbedürftig. Hier lasse die Landesregierung Abhilfe vermissen.

Ewald Groth (Grüne) forderte konkretere Aussagen der Landesregierung zur finanziellen Förderung insbesondere der hauptamtlichen Kräfte im Sport. Groth erklärte, auch die Integration von Menschen mit Behinderung sei zukünftig über Sportangebote besser zu fördern.

Sportminister Dr. Ingo Wolf (FDP) sah aufgrund vieler Erfolge im Bereich Sport ein hohes Potenzial in der Integrationsarbeit auch für die Zukunft. Wettbewerb könnte Vereine zu guten Ideen animieren. Zudem seien Netzwerke wichtig, um mehr Menschen an den Sport heranzuführen.

Eva Vogel/sw

Der Antrag (Drs. 14/9914) wurde einstimmig an den Sportausschuss – federführend – sowie an den Ausschuss für Generationen, Familie und Integration überwiesen.

Steuerverschwendung oder Vertrauensbildung?

Was Landesregierungen für Kampagnen und Beratung ausgeben, war Thema einer Auseinandersetzung im Plenum

8. Oktober 2009 – Unter der Überschrift „Transparenz schafft Vertrauen“ hat die SPD-Fraktion eine Große Anfrage (Drs. 14/8595) an die Landesregierung gestellt. Die Bürgerinnen und Bürger hätten ein Recht darauf zu erfahren, was mit öffentlichen Geldern geschehe, meint die Fraktion. Sie fordert von der Landesregierung die Offenlegung sämtlicher Aufträge und Ausgaben in diesem Bereich. CDU und FDP wollen dasselbe für die Zeit der rot-grünen Vorgängerregierung wissen und haben daher ebenfalls eine Große Anfrage (14/8885) gestellt. In der parlamentarischen Aussprache gab es nur einen Konsens: Transparenz sei wichtig.

Wolfram Kuschke (SPD) bemängelte bei der Antwort auf die Große Anfrage seiner Fraktion einen „riesigen Datensalat“, der mit Transparenz nichts zu tun habe. Die Darstellung sei unzureichend und etwa im Bereich Sponsoring hin-

Vorgängerregierung mehr Geld ausgegeben. Einen Transparenzbericht hielt die Abgeordnete für entbehrlich, da das Parlament auf Anfrage alle Informationen von der Landesregierung bekomme. In der Politik sei der Aus-

klarheit und Transparenz im Regierungshandeln hielt auch Johannes Remmel (Grüne) für unerlässlich. Die Großen Anfragen kamen ihm aber wie ein „Kindergartenspiel“ vor, und auch die Debatte sei nicht mit großen Erkenntnisgewinnen verbunden. Er schloss sich daher der Forderung nach einem jährlichen Transparenzbericht und einem Lobbyregister an. Dann brauche man sich auch nicht gegenseitig Intransparenz vorzuhalten. Natürlich müsse man ein so großes Bundesland auch repräsentieren. Aber Politik dürfe nicht aus Geldmangel durch Wettbewerbe und Auszeichnungen ersetzt werden. Seinem Vorredner empfahl Remmel, zunächst vor der eigenen Tür zu kehren und die FDP-Parteifinanzien in Ordnung zu bringen, bevor er als „Saubermann im Parlament“ auftrete.

Dass eine Opposition sich darüber beschwere, von der Regierung zu viele Informationen



Fotos: Schälte

Wolfram Kuschke (SPD)

Ilka von Boeselager (CDU)

Ralf Witzel (FDP)

Johannes Remmel (Grüne)

Medienminister Andreas Krautscheid (CDU)

sichtlich der Vollständigkeit unklar, da die Nennung von Sponsoren von deren Zustimmung abhängig. Es müsse also ein anderes Instrument her, meinte Kuschke. Mittels eines jährlichen Transparenzberichts, den die SPD-Fraktion fordere, sollten Parlament, Bürgerinnen und Bürger erfahren, wer Subventionen erhalte, wer die Landesregierung berate und welche Sponsoren es für Veranstaltungen gebe. Zudem forderte der SPD-Abgeordnete ein Lobby-Register. Wenn Verbände ihre Interessen bekundeten, müsse dies öffentlich gemacht werden.

Sponsoren, Beratung und Öffentlichkeitsarbeit seien in einer Demokratie normal und notwendig, erklärte Ilka von Boeselager (CDU). Mit der Großen Anfrage habe sich die SPD aber ein Eigentor geschossen. Die Antworten auf beide Anfragen ergäben, dass die jetzige Landesregierung die Haushaltsmittel sehr effizient und sparsam eingesetzt habe. Etwa für Veranstaltungen und Gutachten habe die rot-grüne

tausch mit Bürgerinnen, Bürgern, Wirtschaft und Wissenschaft wichtig, und deshalb sei gegen Veranstaltungen nichts einzuwenden.

Ralf Witzel (FDP) beschrieb die Situation so: „Die SPD wollte schmutzige Wäsche waschen, aber die Weste der Landesregierung ist sauber.“ Auch er rechnete vor, dass CDU und FDP bei Beratung und Gutachten, bei Veranstaltungen und Kampagnen sparsamer gewesen seien als die Vorgängerregierung. Und er hielt es für richtig und erforderlich, dass das Parlament alle Informationen von der Landesregierung abfragen könne. Dafür benötige man aber kein aufwändiges Berichtswesen. Außerdem sei die SPD mit ihrer Anfrage wenig glaubwürdig, da SPD und Grüne zu Regierungszeiten längst nicht alle Anfragen der damaligen CDU-FDP-Opposition beantwortet hätten. Die schwarzgelbe Landesregierung habe seit 2005 vieles auf den Weg gebracht, um die Transparenz zu erhöhen.

zu bekommen, erstaunte Medienminister Andreas Krautscheid (CDU). Er kritisierte Lobbyisten, die in den Ministerien hinter den Kulissen arbeiteten, fand eine allgemeine Interessenvertretung durch Lobbyverbände aber völlig legitim. Die Landesregierung bediene sich bei Sponsoring, externer Beratung, Veranstaltungen und Öffentlichkeitsarbeit im Wesentlichen der gleichen Kriterien und der gleichen Praxis wie Rot-Grün zuvor. Der Vorwurf der Inszenierung falle in sich zusammen, und eine Steigerung der Ausgaben sei nicht belegbar. Man müsse Politik nicht nur gut machen, sondern auch gut erklären, damit die Menschen die Landespolitik nachvollziehen könnten, sagte der Minister.

sow

Der Entschließungsantrag der SPD-Fraktion zur Einrichtung eines Transparenzberichts (Drs. 14/9948) wurde mit den Stimmen von CDU und FDP und gegen die Stimmen von SPD und Grünen abgelehnt.

Nicht ins Leere fallen

Parlament diskutierte: Wie kann der Staat Auszubildenden in Insolvenzbetrieben helfen?

7. Oktober 2009 – Die Wirtschaftskrise bedroht die Unternehmen, die Krise der Unternehmen bedroht das Angebot an Ausbildungsplätzen. Besonders gefährdet: Jugendliche, die bei einem insolvenzbedrohten Unternehmen eine Lehre angefangen haben. Was muss getan werden, um ihnen einen Abschluss der Ausbildung zu ermöglichen? Und reichen die vorhandenen Maßnahmen aus? Das diskutierten die Landtagsabgeordneten im Plenum auf Grundlage eines Antrags der Grünen (Drs. 14/9912). Lagen sie bei der Analyse noch nahe beieinander, so gingen die Meinungen von Regierungsfractionen und Opposition bei der Beantwortung der weiteren Fragen doch deutlich auseinander.

„Wir verzeichnen eine Zunahme der Auszubildenden, deren Ausbildungsbetrieb die Insolvenz beantragt.“ So umriss **Barbara Steffens** (Grüne) eine der Folgen der aktuellen Wirtschaftskrise. Die Jugendlichen verlören zum Teil mitten in ihrer Ausbildung ihre Lehrstelle. Als Reaktion darauf habe man unter anderem auf Bundesebene die „Ausbildungsboni“ für die Unternehmen erhöht, die solche Jugendlichen übernehmen. Dieses Geld nutze allerdings nicht viel, da es immer weniger Ausbildungsplätze gebe, so die Grünen-Sprecherin. Daher sei das Land „in der Pflicht“, Ausbildungsplätze genau für diese Jugendlichen zur Verfügung zu stellen. Außerdem müsse es für Auszubildende in Unternehmen, die einen Insolvenzantrag gestellt hätten, über das Land und die Kammern automatisch Informationen über konkrete Hilfen geben.

Auch **Norbert Post** (CDU) sorgte sich über das zurückgehende Angebot an Ausbildungsplätzen. Ohne gut ausgebildete Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter könne es demnächst keine Konjunkturbelebung geben. Daher sei es richtig, dass gerade bei Insolvenz, Stilllegung und Kurzarbeit „eine ganze Menge Hürden“ existierten, bevor Auszubildende entlassen werden können. Und für den Fall der Fälle seien die „Ausbildungsboni“ aufgestockt sowie bislang hinderliche Vorbedingungen gestrichen worden. Zudem hätten die Kammern beim Ausbildungspakt zugesichert, bei Insolvenz eines Ausbildungsbetriebes einen Alternativbetrieb zu suchen. Falls dies alles nicht helfe, so der CDU-Politiker, solle die Qualifizierung bis zur Kammerprüfung in einer Berufsbildungswerkstatt fortgesetzt werden können.

„Im Sinne der jungen Menschen abzuwarten, ist verfehlte Politik“, kritisierte **Rainer Schmeltzer** (SPD) die aus seiner Sicht passive Rolle der Landesregierung. Sie kümmerne sich nicht um das Problem, und so

gebe es den vorliegenden Antrag. Fachleute befürchteten bis Anfang nächsten Jahres eine steigende Zahl von Insolvenzen. Daher sei es notwendig, nicht abzuwarten, bis die jungen Menschen „auf der Straße stehen“; man müsse nun präventiv tätig werden – und zwar insbesondere mit Blick auf diejenigen, die sich im ersten und zweiten Ausbildungsjahr befänden. Notwendig seien Landesprogramme für die betroffenen Lehrlinge, eine Koordinierung der Aktionen von Kammern, Innungen und Verbänden sowie Schaffung von Auffangmöglichkeiten im öffentlichen Dienst, der ja ebenso kaufmännische wie technische Berufe umfasse.

Die Sorge um Jugendliche in insolvenzbedrohten Unternehmen sei berechtigt, so **Dr. Stefan Romberg** (FDP). Kritisch bewertete der FDP-Sprecher allerdings eine „allzu großzügige“ Subventionierung von Arbeitsplätzen; dies bestrafe die Betriebe, die ihrer Ausbildungspflicht nachkämen, und fördere diejenigen, die auf den Staat warteten. Ein Einspringen des Landes zum Ausgleich des Ausbildungsangebots sei

keine Alternative; entsprechende Forderungen seien „Augenwischerei“. Zielführend seien dagegen die Initiativen der Landesregierung Hand in Hand mit der Bundesagentur für Arbeit, den Kammern, den Innungen sowie den Unternehmensverbänden, um den betroffenen Jugendlichen einen Abschluss zu ermöglichen. Die notwendigen Informationen seien über den Westdeutschen Handwerkskammertag und den DGB erhältlich.

In Vertretung für Arbeitsminister Karl-Josef Laumann verwies **Landesminister Eckhard Uhlenberg** (CDU) zunächst darauf, dass sich vermehrt Unternehmen dafür entschieden hätten, wieder neue Auszubildende einzustellen. Man erwarte, dass die Zahl der zum 30. September unversorgten Jugendlichen in einer Größenordnung liegen werde, die „in bewährter Weise“ gestemmt werden könne. Des Weiteren gebe es ausreichende Sicherheitsnetze, die dafür sorgten, dass auch Auszubildende aus insolventen Unternehmen eine Kammerprüfung abschließen könnten. Das Land habe dafür beim letzten Spitzengespräch zur Ausbildung seine Hausaufgaben gemacht. Weitergehende Forderungen lehnte Uhlenberg mit Hinweis auf die Finanzlage des Landes ab. cw

Der Antrag der Grünen (Drs. 14/9912) wurde mit der Mehrheit von CDU und FDP abgelehnt.

Fotos: Schälte



Ein Beitrag zum Leben

Fraktionen werben einstimmig für Organspende und wollen menschlichen Ängsten begegnen



Foto: Schälte

8. Oktober 2009 – Noch immer zu wenige Menschen in Nordrhein-Westfalen seien bereit, Organe zu spenden, sorgen sich die Fraktionen von CDU und FDP in einem Antrag (Drs. 14/9915). Die Zahl sei zwar seit 2005 schon angestiegen, und mit einem Stand von 15 Organspendern pro Million Einwohner habe NRW im Juli sein bestes Ergebnis erreicht. Trotzdem sei diese Zahl noch zu steigern, wenn man bedenke, dass man mit einem gespendeten Organ ein Leben retten könne. Alle Fraktionen thematisierten die Angst vieler Menschen, vorschnell als hirntot erklärt zu werden, um als mögliche Spenderin oder Spender in Frage zu kommen. Wie man dieser Angst allerdings begegnen könne, dazu gab es unterschiedliche Ansätze.

Trotz des Engagements vieler Ärztinnen und Ärzte sowie zahlreicher Pflegekräfte sei bisher der Mangel an Spenderorganen bislang nicht behoben worden, bedauerte **Rudolf Henke** (CDU). Deutschland erhalte mehr Organe, als es selbst abgebe. Trotzdem sei es dank der im Konsens der Fraktionen beschlossenen Einsetzung von Transplantationsbeauftragten gelungen, die Zahl der Organspenden in den letzten Jahren zu erhöhen. Der Antrag seiner Fraktion und der FDP ziele darauf ab, diese Entwicklung zu verstetigen. Um den Ängsten der Menschen zu begegnen und die Spendenbereitschaft zu erhöhen, hielt der CDU-Sprecher eine Aufklärungskampagne für nötig. Henke regte an, „etwas zu spenden, etwas unentgeltlich zur Verfügung zu stellen, was man selbst auch unentgeltlich erhalten hat“.

Die Bedeutung der Transplantationsbeauftragten betonte auch **Dr. Stefan Romberg** (FDP). Denn Angehörige, die gerade einen nahestehenden Menschen verloren hätten, mit dem Thema Organspende zu konfrontieren, verlange ein Höchstmaß an Pietät und sei alles andere als eine einfache Aufgabe. Auch die klinikinternen Handlungsanweisungen für den Ablauf einer Organspende und die sensible Begleitung betroffener Angehörige hätten ihre Wirkung nicht verfehlt. Es komme zudem auf die Hausärztinnen und -ärzte an. Eine Studie habe gezeigt, dass sich besonders diejenigen für Aufklärung engagierten, die selbst einen Organspendeausweis besäßen. „Man muss also echt sein, um überzeugen zu können“, schloss Romberg. Auch die Landesregierung solle ihre Politik auf die Aufklärung richten.

Alle Fraktionen seien sich einig, dass es darauf ankomme, diejenigen zu überzeugen, die Organspenden eigentlich befürworteten, aber keinen Ausweis hätten, meinte **Heike Gebhard** (SPD). Es gelte, den Menschen den Gedanken zu vermitteln, selbst nach dem Tod einen Beitrag fürs Leben leisten zu können. Erreichen könne man diese Zielgruppe bei großen Veranstaltungen, wie etwa zuletzt beim Tag der Organspende in Berlin, bei dem man nicht nur geworben habe, sondern bei dem auch viele Organspendeausweise ausgefüllt worden seien. „Dieses Wochenende hat wesentlich mehr bewirkt als das, was wir heute mit dem Antrag erreichen können“ – auch der Landtag könne Ort einer solchen Veranstaltung sein, wiederholte sie ihre Anregung vom Vorjahr und schlug eine gemeinsame Arbeitsgruppe vor.

Einen anderen Vorschlag machte **Barbara Steffens** (Grüne). Wenn viele Menschen Angst hätten, vorschnell für hirntot erklärt zu werden, obwohl eine Rettung vielleicht noch möglich sei, dann müsse man dafür sorgen, dass Ärztinnen und Ärzte zum Zeitpunkt der Hirntoterklärung noch gar nicht wüssten, ob jemand als Organspenderin oder -spender in Frage komme oder nicht. Um dies zu erreichen, könne an die Stelle der Organspendeausweise ein zentrales Register rücken, in dem man erstens seine persönliche Entscheidung jederzeit ändern könne und das zweitens der ärztlichen Seite erst nach dem erklärten Hirntod zugänglich sein dürfe. Mit einer Aufklärungskampagne hingegen oder einem Organspendetag erhöhe man nur den Druck auf die Menschen, nehme ihnen aber nicht die Angst.

In Vertretung des Gesundheitsministers lobte **Umweltminister Eckhard Uhlenberg** (CDU) die gestiegenen Zahlen der Organspenderinnen und -spender und verwies auf entsprechende Aktivitäten der Landesregierung mit beteiligten Akteuren, in Schulen und Sportvereinen. Trotzdem stürben in Deutschland täglich drei Menschen nach vergeblichem Warten auf ein passendes Spenderorgan. Der Gesundheitsminister dränge darauf, die Zahl der Transplantationsbeauftragten in den Krankenhäusern mit Intensivstation zu erhöhen. Auch ihre Qualifizierung sei wichtig – schließlich seien Organspende und Hirntoddiagnostik keine Routineaufgaben. Zu beklagen sei aber eine Diskrepanz zwischen Angebot und Nachfrage. Eine Fortbildungsveranstaltung sei mangels ausreichender Anmeldungen bereits abgesagt worden.

SO W

Der Antrag (Drs. 14/9915) wurde einstimmig an den Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales überwiesen.

Grüne Cola, rote Milch

Sollen Lebensmittel farbig gekennzeichnet werden? – Fraktionen sind sich uneins

7. Oktober 2009 – „Versteckte Zuckerbomben“ und „Fettfallen“ in Lebensmitteln dürfe es zukünftig nicht mehr geben, meint die SPD-Fraktion. Sie forderte in einem Antrag (Drs. 14/9913) die Landesregierung auf, sich im Bundesrat und auf europäischer Ebene für eine Ampel-Kennzeichnung von Lebensmitteln stark zu machen. Dagegen erklärten die Regierungsfractionen von CDU und FDP, ein entsprechendes Farbsystem sei wenig sinnvoll, da es die Verbraucherinnen und Verbraucher beim Kauf eher verunsichere als aufkläre. Im Plenum trafen die Positionen aufeinander.

„Es muss jetzt darum gehen, dass die Landesregierung Farbe bekennt“, erklärte **Svenja Schulze** (SPD). Sie sah in der farbigen Kennzeichnung von Lebensmitteln eine notwendige Entscheidungshilfe für die Verbraucherinnen und Verbraucher. Diese könnten bislang anhand der üblichen Herstellerangaben kaum erkennen, ob ein Lebensmittel gut für sie sei oder nicht. Daher würden auch Verbraucherzentralen und Krankenkassen, aber auch viele CDU-Abgeordnete die Ampel für Lebensmittel fordern, sagte die Sozialdemokratin. Der Antrag der SPD solle die Regierungsfractionen

dazu bewegen, Initiative zu ergreifen. Insbesondere im Bundesrat und auch auf europäischer Ebene müsse die CDU mit Verbraucherschutzminister Uhlenberg entsprechende Pläne unterstützen, forderte Schulze.

„Die Lebensmittellampel ist schlichtweg irreführend“, meinte dagegen **Peter Kaiser** (CDU) und nannte einige Beispiele: „Cola mit Süßstoff hätte den grünen Zuckerpunkt, naturbelassener Apfelsaft wegen des Fruchtzuckers den roten Warnpunkt.“ Er befürchtete, dass die Ampel Grundnahrungsmittel wie Milch diskriminiere und zu einer Fehlernährung führe. Seine Fraktion sei für eine „transparente, einfache und ehrliche Kennzeichnung“. Die bereits heute auf vielen Nahrungsmitteln zu findenden Nährwertangaben der Lebensmittelwirtschaft seien der bessere Weg, so Kaiser. Gemeinsames Ziel von Wirtschaft, Wissenschaft, Politik und Verbraucherverbänden müsse es sein, die Verbraucherinnen und Verbraucher zu motivieren, die angebotenen Informationen tatsächlich zu nutzen.

„Nicht immer ist das, was einfach ist, auch gut oder sinnvoll“, lehnte **Holger Ellerbrock** (FDP) die geforderte Ampel-Kennzeichnung für Lebensmittel ab. Das System komme bei Lebensmitteln wie zum Beispiel Cola und Weißbrot zu missverständlichen und unsinnigen Aussagen. „Wir als FDP wollen eine klare und allgemein verständliche Kennzeichnung. Denn unser Menschenbild zielt darauf ab: Nur der informierte Bürger ist ein mündiger Bürger“, gab Ellerbrock zu Protokoll. Das Individuum müsse selbst entscheiden können, und daher müsse gerade die Bildung in diesem Bereich verstärkt werden, betonte der

Liberaler. Außerdem seien vergleichbare Einheiten und Portionsgrößen für Nährwertangaben zu finden. Vor diesem Hintergrund sein Fazit: „Weg mit der Ampel!“

„Es hat offensichtlich einen Positionswechsel der Regierungsfractionen gegeben“, fand **Johannes Rimmel** (Grüne). So habe insbesondere die CDU einer Ampel durchaus positiv gegenüber gestanden, während sie diese nun anscheinend doch ablehne. „Verbraucherschutz spielt offensichtlich in Ihrer Argumentation keine Rolle mehr“, warf Rimmel den Fraktionen vor. „CDU und FDP sind auf der Leimspur der Lobbyinteressen steckengeblieben.“ Es gehe nicht darum, mit der Ampel das Problem falscher Ernährung grundsätzlich zu bekämpfen. Jedoch liefere die Ampel wichtige Zusatzinformationen über bisherige Nährwertangaben hinaus. „Wenn ich Zucker kaufen will, kaufe ich Zucker. Aber es gibt heute viele Produkte, bei denen das nicht mehr erkennbar ist“, warnte Rimmel.

Verbraucherschutzminister Eckhard Uhlenberg (CDU) unterstrich: „Für die Landesregierung ist Transparenz in der Verbraucherpolitik ein wichtiges Ziel.“ Dazu gehöre eine klare Kennzeichnung von Lebensmitteln. Uhlenberg verwies in diesem Zusammenhang auf eine geplante EU-Verordnung. Nach dieser seien Nährwertangaben für verpackte Lebensmittel zukünftig verpflichtend. Er persönlich setze sich außerdem dafür ein, dass zusätzlich der Energiegehalt der Lebensmittel angegeben werde. Die vergangenen Monate hätten gezeigt, dass es „schwerwiegende fachliche Argumente“ gegen eine Ampel gebe. „Weil ich mich für die Interessen der Verbraucherinnen und Verbraucher stark mache, verfolge ich das Projekt einer Ampelkennzeichnung nicht mehr“, so Uhlenberg. siv

Der Landtag hat den Antrag (Drs. 14/9913) an den federführenden Ausschuss für Umwelt, Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz sowie an den mitberatenden Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales überwiesen.

Fotos: Schälte

Knackfrisches fürs Klassenzimmer

Landtag unterstützt Schulobstprogramm der Europäischen Union

7. Oktober 2009 – Obst und Gemüse sollen Kinder zu gesunder Ernährung anregen. So lautet das Ziel des Schulobstprogramms, das die Europäische Union Ende 2008 aufgelegt hat und an dem sich Nordrhein-Westfalen ab 2010 beteiligen will. Zwei Millionen Euro fließen dazu aus Brüssel nach NRW. Weitere zwei Millionen muss das Land selbst aufbringen, nachdem der Bund sich nicht an der Finanzierung beteiligen wollte. Mit einem Antrag (Drs. 14/9916) unterstützen CDU und FDP die Umsetzung des Programms durch die Landesregierung und die Finanzierung mit Mitteln aus dem Landeshaushalt. Auch die Oppositionsfractionen halten das Programm für grundsätzlich sinnvoll, auch wenn sie in der Plenardebatte Kritikpunkte nannten.

Möglichst zum zweiten Schulhalbjahr 2010 sollen Kinder an ausgewählten Grund- und Förderschulen in den Genuss von Obst kommen, skizzierte **Josef Wirtz** (CDU) den Plan der Landesregierung. Zugleich bedauerte er, dass sich der Bund nicht an der Finanzierung beteiligen wolle. Gerade deshalb „sollten wir stärker auf Sponsoren setzen und private Mittel einwerben“, fand der Christdemokrat. Er war sich sicher, „dass es eine ganze Menge verantwortungsbewusster Menschen in unserem Land gibt, denen die gesunde Ernährung unserer Kinder ebenso am Herzen liegt wie uns“. Der finanzielle Anteil des Landes, rund zwei Millionen Euro, werde Haushaltspolitikern zwar Bauchschmerzen bereiten; er sei jedoch „eine Investition in die Zukunft“.

Als „Beispiel in einer Kette von Maßnahmen“ zur Gesundheitsförderung sah **Holger Ellerbrock** (FDP) das Schulobstprogramm. Eine ausgewogene und vitaminreiche Ernährung fördere das allgemeine Wohlbefinden und stärke die Konzentrationsfähigkeit der Kinder“, machte der Liberale deutlich. Das Programm sei außerdem ein Beitrag, „um Kinder an gesunde Ernährung heranzuführen“. Kein Verständnis hatte Ellerbrock dafür, dass der Bund dafür keine Mittel beisteuern wolle: „Wir haben fünf Milliarden Euro für ein kurzfristiges Strohfeuer in der Kraftfahrzeugwirtschaft aus dem Hut zaubern können. Mit fünf Milliarden Euro

hätten wir das Schulobstprogramm 2.500 Jahre lang finanzieren können“, rechnete Ellerbrock im Plenum vor.

Für ihre Fraktion begrüßte **Annette Watermann-Krass** (SPD) den Antrag, auch wenn er spät komme. Sowohl aus gesundheits- als auch aus sozialpolitischer Sicht sei das Programm sinnvoll. „Es soll Kindern nicht nur Obst gegeben werden; sie sollten auch lernen, wie sie sich gesund ernähren“, fasste die Abgeordnete zusammen. Nachvollziehen konnte sie die Entscheidung des Bundes, die Finanzierung den Ländern zu überlassen. Schließlich sei die Erziehung von Kindern zu gesundem Essverhalten eine Bildungsaufgabe und „Bildung ist Ländersache“. Gemeinsam müsse man nun überlegen, wie das Auswahlverfahren für die Schulen transparent gestaltet und wie das Programm möglichst auch auf Kindergärten ausgeweitet werden könne.

Johannes Rimmel (Grüne) sah im Programm zwei Baustellen. Zum einen habe die Landesregierung bislang nicht erklärt, wie sie die zwei Millionen Euro Eigenanteil konkret aus dem nordrhein-westfälischen Landeshaushalt finanzieren wolle. Zum anderen sei fraglich, ob es sinnvoll sei, das Programm lediglich auf Grund- und Förderschulen zu konzentrieren. „Man sollte über ein breiteres Angebot reden“, fand Rimmel. Außerdem forderte er, regiona-

les und biologisch erzeugtes Obst an den Schulen zu verteilen. „Es muss eine Schulernährung sein, die an gesunden und an ökologischen Kriterien orientiert ist. Hier fehlen Vorgaben des Landes“, so seine Kritik. Dennoch sei das Schulobstprogramm ein Anfang und deshalb unterstützenswert.

„Nordrhein-Westfalen hat mit dem Schulobstprogramm, was die gesunde Ernährung an unseren Schulen angeht, wieder eine Vorreiterrolle in Deutschland übernommen“, freute sich **Verbraucherschutzminister Eckhard Uhlenberg** (CDU). Es sei der politische Wille der Landesregierung, den „Obst- und Gemüseverzehr bei der Ernährung der Kinder zu erhöhen“. Natürlich könnten nicht alle Schulen berücksichtigt werden. Von den 3.500 Grundschulen würden rund 500 Schulen in das Programm aufgenommen, erklärte der Minister. Die Finanzierung für 2010 komme zunächst aus seinem Hause. Ab dem Jahre 2011 werde es für das Programm zusätzliches Geld geben, kündigte Uhlenberg an. „Wir haben alle Möglichkeiten ausgeschöpft.“

SW

Der Landtag hat den Antrag (Drs. 14/9916) an den federführenden Ausschuss für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz sowie an die mit beratenden Ausschüsse für Schule, Kommunalpolitik und Gesundheit überwiesen.

Schlag auf Schlag

„Landtag intern“ macht den Aufschlag, die Abgeordneten retournieren.



Rudolf Henke (CDU)



Heike Gebhard (SPD)

Auch wenn jeder selbst auf seine Gesundheit achten muss, muss das Land gewährleisten, ...

... dass gesundheitliche Prävention als Querschnittsaufgabe aller Politikfelder verstanden wird. Durch Gesundheitsförderung und Prävention lassen sich Krankheiten vermeiden, mögliche Risikofaktoren minimieren, Erstmanifestationen von Krankheiten rechtzeitig erkennen sowie Krankheitsverläufe verbessern.

... dass jeder und jede den gleichen Zugang – unabhängig vom Wohnort – zu einer guten gesundheitlichen ambulanten und stationären Versorgung hat.

„Der Mensch ist, was er isst.“ Dieser Leitsatz bedeutet für die Gesundheitspolitik in Nordrhein-Westfalen ...

... einen Auftrag für die gesundheitliche Bildung und Motivation von Kindesbeinen an. Dazu brauchen wir das erzieherische Engagement der Eltern ebenso wie eine frühe Aufklärung über richtige und gesunde Ernährung in Kindergarten und Schule.

... dass die gesundheitliche Aufklärung einer ihrer Schwerpunkte sein muss. Der Zusammenhang zwischen Ernährung und Gesundheit muss bereits den ganz Kleinen in der Kita nahe gebracht werden und ist in der Schule bis zur Erwachsenenbildung weiter zu vermitteln.

Um insbesondere Kinder an gesunde Ernährung heranzuführen, ist das Schulobstprogramm der Europäischen Union ...

... sehr zu begrüßen.

... sehr zu begrüßen. Es ist völlig unverständlich, dass die Bundesländer – auch NRW – sich solange gesperrt haben, ihren finanziellen Anteil dazu zu leisten.

Die bisherigen Angaben der Lebensmittel-Hersteller über ihre Produkte sind für die Verbraucherinnen und Verbraucher ...

... oft schwierig zu werten. Auf Verpackungen von Lebensmitteln darf nur drauf stehen, was auch drin ist, und Abbildungen dürfen die Verbraucher nicht täuschen. Die Klarheit von Zutatenlisten, Abbildungen und Bezeichnungen muss besser werden.

... nur selten schnell erfassbar. Entweder sie sind viel zu kompliziert oder aber irreführend, wenn mit Begriffen wie „gesund“, „mit Vitaminen“ und „für Kinder“ geworben wird. Eine klare, verständliche Ampelkennzeichnung muss her. Minister Uhlenberg muss sich, wie im Sommer 2008 zugesagt, im Bundesrat und in Europa dafür einsetzen.

Beim Thema Impfen scheiden sich Geister. Der wichtigste Punkt jedoch ist aus meiner Sicht ...

... dass es weltweit kaum eine Präventionsmaßnahme gibt, die krankheitsbezogen derart viele Menschen vor vorzeitigem Tod und früher Krankheit rettet wie die konsequente Impfprävention vor Infektionskrankheiten.

... so viele wie möglich vor Infektionskrankheiten zu schützen. Dazu bedarf es einerseits sicherer Impfstoffe. Andererseits ist zu gewährleisten, dass jede und jeder die gleichen Möglichkeiten zur Impfung erhält.

Nikotin, Alkohol, harte Drogen – in der Suchtpolitik sehe ich NRW ...

... Tag für Tag neu gefordert, nicht zuletzt in der Hilfe und beim Schutz für Kinder suchtkranker Eltern. Durch konsequenten Verzicht auf Tabak lassen sich in Deutschland jährlich 110.000 vorzeitige Todesfälle, durch den Verzicht auf maßlosen Alkoholkonsum 40.000 Todesfälle vermeiden.

... im Vergleich zu den anderen Bundesländern nicht mehr vorne. Ein „Nichtraucherschutzgesetz“, das zulässt, dass selbst Bäckereien sich zu Raucherclubs erklären können, trägt seinen Namen völlig zu Unrecht. Die Kommunalisierung der Drogen- und Suchtpolitik gefährdet die spezialisierten Angebote.

Die seelische Gesundheit wird in der nordrhein-westfälischen Gesundheitspolitik ...

... ebenso ernst genommen wie die körperliche. Zu einem gesunden Lebensstil gehört ein ausgeglichenes Verhältnis von Anspannung und Entspannung. Das gesellschaftliche Bewusstsein dafür darf allerdings noch beträchtlich wachsen. Der Diskriminierung psychisch Kranker müssen wir gemeinsam entgegenreten.

... seit 2005 sträflich vernachlässigt. Die Experten sind sich einig, dass eine bessere Versorgung auch im teilstationären und stationären Bereich der Erwachsenen- sowie der Kinder- und Jugendpsychiatrie erforderlich ist. Doch die Landesregierung schiebt die notwendigen Entscheidungen vor sich her.

Diesmal geht es um das Thema Gesundheit.

Dr. Stefan Romberg (FDP)



Barbara Steffens (Grüne)



... dass allen Bürger im Krankheitsfall ein zielgruppenge-
rechtes und wohnortnahes Versorgungsangebot zur Ver-
fügung steht. Zudem sollte sich das Land an der gesamtge-
sellschaftlichen Aufgabe von Gesundheitsförderung und
Prävention in jedem Lebensalter, gerade bei Kindern und
Jugendlichen, aktiv beteiligen.

... dass Aufklärung zum Thema „gesunde Ernährung“ ein
wichtiges Anliegen ist und daher bereits in den Kitas und
Schulen umgesetzt wird. Ein Beispiel ist das Landespro-
gramm Bildung und Gesundheit. Besondere Aufmerk-
samkeit gebührt Kindern aus sozial benachteiligten Fami-
lien und mit Zuwanderungsgeschichte.

... ein Instrument, das man entsprechend nutzen sollte.
Kinder sollen merken, dass Obst und Gemüse nicht nur
gesund sind, sondern auch gut schmecken. Deshalb kann
das Schulobstprogramm gemeinsam mit einem pädago-
gischen Konzept für viele der Einstieg in eine gesündere
Ernährung sein.

... hilfreich bei der Auswahl von fett- und zuckerarmen
Gerichten. Sicherlich gibt es noch Verbesserungsbedarf,
insbesondere was die Portionsmengenangaben betrifft.
Eine Ampelkennzeichnung wäre jedoch kontraproduk-
tiv, da der Nahrungsbedarf von Menschen sehr indivi-
duell ist.

... dass Arzt und Patient gemeinsam entscheiden, ob die
Impfung für den Patienten individuell die optimale Lö-
sung ist. Sicher ist aber, dass Impfungen neben Antibiotika
die wohl erfolgreichste Entwicklung der modernen Medi-
zin sind. Gegen viele Virus-Erkrankungen sind sie bis heu-
te das einzige Mittel.

... auf einem guten Weg. Im Mittelpunkt steht die ursa-
chenorientierte und früh einsetzende Prävention sowie
Hilfen für suchtfährdete und suchtkranke Menschen.
Sie dürfen nicht diskriminiert werden. Repressionen sind
das letzte Mittel, wenn beispielsweise Gewalt und Krimi-
nalität verhindert werden müssen.

... groß geschrieben – durch Früherkennung und Be-
handlung von Depressionen als Gesundheitsziel, die
Verbesserung des Platzangebots bei der Kinder- und Ju-
gendpsychiatrie, die Förderung von Projekten zur sektoren-
übergreifenden Versorgung und die Weiterentwicklung
der komplementären Hilfen.

... dass die Rahmenbedingungen ein gesundes Leben
auch möglich machen. In Armut leben, heißt oft auch mit
Krankheit leben. Schlechter Wohnraum, ein schadstoffbe-
lastetes Wohnumfeld, zu wenig Geld für gesunde Ernäh-
rung und ein fehlender Zugang zu Präventionsangeboten
ermöglichen keine Eigenverantwortung.

... dass die Menschen ein Recht auf gesunde und unver-
fälschte Lebensmittel haben. Wir brauchen daher drin-
gend ein Reinheitsgebot für Lebensmittel und damit ein
Verbot von Lebensmittelimitaten. Zusätzlich muss eine
bessere Kennzeichnung für mehr Transparenz über die
Inhaltsstoffe der Lebensmittel sorgen.

... ein kleiner Schritt in die richtige Richtung. Darüber
hinaus ist es aber auch wichtig, dass jedes Kind jeden Tag
bei Übermittagbetreuung eine gesunde warme Mahlzeit
erhält. So kann die Gesundheitsbildung auch in der Schule
besser vermittelt werden.

... oft irreführend und unzureichend. Durch unterschied-
liche Angaben der Hersteller sind sie nur schwer vergleich-
bar. Wenn der Gehalt an Fett, Zucker und Salz mit einer
Nährwert-Ampel gekennzeichnet würde, könnten Ver-
braucherinnen und Verbraucher auf einen Blick erkennen,
was die Produkte enthalten.

... dass die Menschen umfassende Informationen erhal-
ten, damit sie sich gut informiert selbst entscheiden kön-
nen. Dies gilt sowohl für die kritischen Positionen, als
auch für die Argumentation der Impfbefürworterinnen
und -befürworter. Hier ist vor allem das Land gefordert.

... auf einem schlechten Weg. Die guten unter rot-grün
entstandenen Strukturen, die auf Präventionshilfe setzten,
werden seit einigen Jahren von der Landesregierung zer-
stört. Eine Drogenpolitik, die immer mehr auf Strafe statt
Hilfe setzt, wird der Situation der Süchtigen, die krank
sind, nicht gerecht.

... nicht ernst genug genommen. Wir brauchen eine wohn-
ortnahe Beratungsstruktur, damit Probleme direkt aufge-
fangen werden und erst gar nicht ernsthaft krank machen.
Auch muss es mehr Angebote geben, um dem Anstieg der
Ritalinverordnung bei Kindern nicht-medikamentöse Al-
ternativen entgegenzusetzen.

Idee und Umsetzung:
Sebastian Wuwer,
Sonja Wand

Laufende Gesetzgebung

DRS.-NR.	GESETZ/INITIATOR	ZUSTÄNDIGER FACHAUSSCHUSS	GPL. BERATUNGSSCHRITTE
14/10029	Änderung des Landesjagdgesetzes NRW, LR	Vorschlag: Umweltausschuss	1. Lesung am 4.11.2009
14/10028	Sicherung und Nutzung öffentlichen Archivguts in NRW, LR	Vorschlag: Kulturausschuss	1. Lesung am 5.11.2009
14/10027	Schaffung von mehr Transparenz in öffentlichen Unternehmen, LR	Vorschlag: Haushalts- und Finanzausschuss	1. Lesung am 5.11.2009
14/10026	Änderung des Gesetzes über die Wahlkreiseinteilung für die Wahl zum Landtag NRW, LR	Vorschlag: Hauptausschuss	1. Lesung am 4.11.2009
14/9956	Änderung des Bau- und Liegenschaftsbetriebsgesetzes, LR	Vorschlag: Haushalts- und Finanzausschuss	1. Lesung am 5.11.2009
154/9955	Gesetz über die europäische Verwaltungszusammenarbeit, LR	Vorschlag: Ausschuss für Kommunalpolitik	1. Lesung am 5.11.2009
14/9908	Hochschulgesetz, GRÜNE	Wissenschaftsausschuss	Expertenbeteiligung am 14.1.2010
14/9900	Vereinbarung über die Koordinierungsstelle Magdeburg 2010 bis 2016, LR	Hauptausschuss	2. Lesung am 4.11.2009
14/9878	Änderung des Jugendstrafvollzugsgesetzes, LR	Vorschlag: Rechtsausschuss	2. Lesung am 2./3.12.2009
14/9854	Abschaffung des Wasserentnahmentgeltes, LR	Umweltausschuss	Beratung am 11.11.2009
14/9853	Änderung der gesetzl. Befristungen im Zuständigkeitsbereich des Wirtschaftsministeriums, LR	Wirtschaftsausschuss	Ausschussberatung frühestens am 11.11.2009
14/9760	Verbandsklagerecht für Tierschutzvereine, GRÜNE	Umweltausschuss	Beratung am 11.11.2009
14/9739	Änderung des Landesreisekostengesetzes etc., LR	Haushalts- und Finanzausschuss	Abschl. Ber. 12.11.2009
14/9738	EG-Dienstleistungsrichtlinie im Rahmen der Normenprüfung, LR	Wirtschaftsausschuss	Beratung läuft
14/9737	Förderung Erneuerbare Energien im Wärmebereich, LR	Wirtschaftsausschuss	Anhörung am 6.11.2009
14/9736	Modernisierung von Justizgesetzen, LR	Rechtsausschuss	Anhörung am 25.11.2009
14/9711	Umsetzung der Richtlinie über Hafenauffangeinrichtungen, LR	Umweltausschuss	2. Lesung am 2./3.12.2009

DRS.-NR.	GESETZ/INITIATOR	ZUSTÄNDIGER FACHAUSSCHUSS	GPL. BERATUNGSSCHRITTE
14/9710	Änderung gesundheitsrechtlicher Vorschriften, LR	Gesundheitsausschuss	Beratung am 25.11.2009
14/9709	Änderung der gesetzl. Befristungen im Zuständigkeitsbereich des Innenministeriums, LR	Innenausschuss	2. Lesung am 2./3.12.2009
14/9702	Gemeindefinanzierungsgesetz 2010, LR	Haushaltsausschuss, Kommunalausschuss	Kom.-Aussch.: Beratung am 11.11.2009, s. a. 14/9700
14/9701	Mittelfristige Finanzplanung 2009 bis 2013 mit Finanzbericht 2010, LR	Haushaltsausschuss	zusammen mit Haushaltsgesetz
14/9700	Haushaltsgesetz 2010, LR	Haushaltsausschuss	Beratung bis 26.11.2009, 2. Lesung am 2./3.12.2009
14/9544	Einrichtung eines nationalen Mechanismus gegen Folter, LR	Hauptausschuss	2. Lesung am 4.11.2009
14/9508	Überleitung vom mittleren in den gehobenen Dienst im Justizvollzug, LR	Rechtsausschuss	2. Lesung am 4.11.2009
14/9417	Änderung des Pressegesetzes, SPD	Hauptausschuss	Beratung steht an
14/9395	Anpassung der Dienst- und Versorgungsbezüge 2009/2010 etc., LR	Haushaltsausschuss	2. Lesung am 4.11.2009
14/9394	Föderalismusreform im Wohnungswesen etc., LR	Bauausschuss	Abschl. Ber. 26.11.2009
14/9393	Änd. des Gesetzes über den „WDR Köln“ und des Landesmediengesetzes, LR	Hauptausschuss	2. Lesung am 2./3.12.2009
14/9386	Modernisierung des nordrhein-westfälischen Sicherheitsrechts, SPD	Innenausschuss	Anhörung am 26.11.2009
14/9380	Zweites Nachtragshaushaltsgesetz 2009, LR	Haushaltsausschuss	Abschl. Ber. 12.11.2009, 2. Lesung 2./3.12.2009
14/9265	Änderung des Landesplanungsgesetzes, GRÜNE	Wirtschaftsausschuss	Beratung im Herbst
14/8947	Bildung Einheitlicher Ansprechpartner in NRW, LR	Wirtschaftsausschuss	Abschl. Ber. spätestens 11.11.2009
14/272	Gesetz zur Änderung des Personalvertretungsgesetzes, SPD	Rechtsausschuss	Zuletzt behandelt am 3.11.2005

LR = Landesregierung; Gesetzstitel zum Teil verkürzt

Abgeschlossene Gesetzgebung - am 7./8. Oktober 2009 im Plenum entschieden

DRS.-NR.	GESETZ	INITIATOR	ABSTIMMUNG IM PLENUM	BESCHLUSS
14/9308	Änderung des Landesdisziplinarrechts	LANDESREGIERUNG	2. Lesung 8.10.2009	angenommen
14/9249	Aufbau der Fachhochschule für Gesundheitsberufe	LANDESREGIERUNG	2. Lesung 8.10.2009	angenommen
14/8631	Regelung des Vollzuges der Untersuchungshaft	LANDESREGIERUNG	2. Lesung 7.10.2009	angenommen

Ein Gesetzesentwurf wird mindestens zweimal im Plenum behandelt (1. und 2. Lesung). Dazwischen wird er von den zuständigen Fachausschüssen beraten. In der elektronischen Fassung unter www.landtagintern.de finden Sie Links zu ausführlicheren Informationen. Diese werden in der Regel wöchentlich aktualisiert.

Hand in Hand handeln

Öffentliche Anhörung zur Zukunft der Kinder- und Jugendpsychiatrie

Foto: Schälte

30. September 2009 – Einen „erhöhten Handlungsbedarf“ sehen SPD und Grüne in der Frage, wie die Behandlung von psychisch erkrankten Kindern und Jugendlichen verbessert werden kann. Vor dem Hintergrund steigender Fallzahlen fordern die Fraktionen in zwei Anträgen (Drs. 14/9270 und 14/9429) die Landesregierung auf, das medizinische und soziale Angebot für junge Patientinnen und Patienten auszubauen und dieses stärker mit der Kinder- und Jugendhilfe zu vernetzen. Im Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales (Vorsitz Günter Garbrecht, SPD) unterstützten Sachverständige die Vorschläge.

Frühzeitiger als bisher müsse den Heranwachsenden und deren Familien geholfen werden, waren sich die Sachverständigen einig. Sowohl für die Ärzteschaft als auch für die Krankenkassen, die Krankenhausträger und die Jugendhilfe formulierten sie ihre Forderungen an die Landespolitik, sich für einen Ausbau kinder- und jugendpsychiatrischer Angebote einzusetzen. Seit Jahren steige die Zahl der Behandlungen erheblich, betonte Helga Schuhmann-Wessolek für den Landesverband Westfalen-Lippe (LWL). So sei in den drei Kliniken des LWL die Zahl der teilstationären Behandlungen von Kindern und Jugendlichen zwischen 1996 und 2008 um 443 Prozent gestiegen.

Sachverständige wie Prof. Johannes Hebebrand (LVR-Klinik Essen) oder Dr. Gudrun Ott (LVR-Klinik Düsseldorf) forderten daher einen Ausbau besonders der ambulanten Therapien. Zugleich müsse die Kinder- und Jugendpsychiatrie an den medizinischen Fakultäten besser verankert werden, um mehr medizinisches Personal ausbilden zu können. Ebenso regten auch die Ärztekammern an, den Beruf des Jugendpsychiaters attraktiver zu gestalten. Die Vernetzung von medizinischer Behandlung mit Angeboten der Kinder- und Jugendhilfe sei unerlässlich, meinte Michael van Brederode für den Landschaftsverband Rheinland. Ebenso sei es notwendig, ergänzte Dr. Rudolf Jebens (Klinikum Bad Salzuflen), regionale Angebote zu stärken.

Der Ausbau psychiatrischer Angebote dürfe allerdings nicht mit einer Stigmatisierung der Kinder einhergehen, betonte Dr. Michael Meusers (Gemeinschaftskrankenhaus Herdecke). Einen vorbeugenden Ansatz befürwortete Dr. Matthias Albers (Sozialpsychiatrischer Dienst des Kreises Mettmann). Gerade in einem sozial schwierigen Umfeld würden Verhaltensauffälligkeiten bei jungen Menschen begünstigt, sagte der Sachverständige. Umso wichtiger sei es, durch Stadtentwicklungs-, Beschäftigungs-, Bildungs- und Sozialpolitik präventiv tätig zu werden.

„JE FRÜHER DESTO BESSER“

Kritisch sah Prof. Josef Weglage viele der Vorschläge: „Wir brauchen nicht Mehr vom Selben“, meinte der Facharzt und forderte, ein niederschwelliges sowie fachübergreifendes Angebot zu schaffen. „Wir sehen die Entwicklung mit großer Sorge“, erklärte daraufhin Andreas Hustadt für die Krankenkassen. Er berichtete von einer „finanziellen Schieflage“, da für die stationäre Behandlung derzeit mehr Geld ausgegeben werde als für ambulante Therapien. Dieses Verhältnis gelte es umzudrehen. Zu bedenken sei außerdem, erklärte Dr. Meinolf Noeker (Zentrum für Kinderheilkunde der Universität Bonn), dass die stationäre Behandlung gerade für Kinder weitere Probleme

mit sich bringe, da sie aus ihrem sozialen Umfeld gerissen würden.

Insbesondere sozial schwachen Familien sei der Zugang zu wohnortnaher Behandlung zu erleichtern, fügte Susanne Drews (Landesverband der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege) hinzu. Kritisch begegnete dagegen Matthias Seibt den Forderungen nach einem Ausbau psychiatrischer Therapien. Der Sachverständige vom Landesverband der Psychiatrie-Erfahrenen erklärte, Kinder seien nun einmal lebhafter als Erwachsene. Dies sei kein Grund, sie zu „psychiatrisieren“.

„Psychiatrische Erkrankungen kennen keine Zuständigkeitsgrenzen“, erklärte indessen Markus Schnapka als Beigeordneter der Stadt Bornheim und forderte interdisziplinäre Ansätze. Die Vernetzung könne jedoch nur dann gelingen, sagte Dr. Falk Burchard, wenn über ein Ausgleichssystem zwischen den Kommunen die finanzielle Ausstattung der Kinder- und Jugendhilfe gesichert sei. Schnelle Lösungen wie Therapien mit Tabletten dürfe es jedenfalls nicht geben, fasste Dr. Khalid Murafi aus Lüdinghausen zusammen. Es brauche Zeit, qualitativ hochwertige Angebote zu entwickeln. Zugleich müsse der Grundsatz „Je früher desto besser“ gelten, fand Dr. Birgit Lambert (Direktorin der LVR-Jugendhilfe Köln). Nur durch eine frühzeitige Therapie könnten fortschreitende Erkrankungen und Folgekosten verhindert werden.

SW

+++ Meldungen +++

Wissenschaftler besorgt über Gewalt im Sport

27. Oktober 2009 – „Sport ist nicht das Spiegelbild einer Gesellschaft, sondern ihr Brennglas“, erklärte Professor Dr. Gunter Pilz den Abgeordneten im **Sportausschuss** (Vorsitz Axel Wirtz, CDU). Damit wollte der Wissenschaftler der Universität Hannover deutlich machen, dass sich im Sport gesellschaftliche Probleme wie Gewalt und Rassismus nicht nur widerspiegeln, sondern bündeln. Auf Einladung des Ausschusses berichtete Pilz über seine Forschungen zu gewalttätigen Ausschreitungen bei Fußballspielen. Insbesondere die zunehmende Fallzahl extremer Gewalttaten durch Hooligans und Ultra-Fans bereitete dem Wissenschaftler große Sorgen. Er schlug unter anderem vor, diesem Problem etwa mit Hilfe von professionellen Konfliktmanagern zu begegnen, die zwischen Fußballanhängern und der Polizei vermitteln. Der Sportausschuss des Landtags wird sich auch weiterhin mit dem Thema beschäftigen. So haben die Grünen das zuständige Innenministerium um eine Aufstellung gebeten, die deutlich machen soll, in welcher Höhe das Land präventive Projekte gegen Gewalt im Sport finanziell unterstützt.

Kommunen beklagen Finanzsituation

29. Oktober 2009 – Zum Haushaltsgesetz 2010 (Drs. 14/9700) lud der Haushalts- und Finanzausschuss Sachverständige von kommunalen Interessensvertretungen, von Wirtschaftsinstituten, Arbeitgeberverbänden und Gewerkschaften sowie Sozialorganisationen und Umweltverbänden zu einer öffentlichen Anhörung. Zuvor äußerten sich bereits am 30. September Expertinnen und Experten im **Ausschuss für Kommunalpolitik und Verwaltungsstrukturreform** (Vorsitz Edgar Moron, SPD) zum Gemeindefinanzierungsgesetz 2010 (Drs. 14/9702). Dabei betonten die kommunalen Spitzenverbände und die Landschaftsverbände vor allem ihre „immer schwieriger werdende Finanzsituation“ und den wachsenden „Fehlbedarf“ an finanziellen Mitteln. „Landtag Intern“ wird in den beiden Dezember-Ausgaben ausführlich über diese Debatten berichten. Der Haushaltsentwurf der Landesregierung für das Jahr 2010 soll bis zum 13. November 2009 in den Fachausschüs-

sen des Landtags und anschließend bis zum 26. November 2009 im Haushaltsausschuss beraten werden. Er steht am 2. und 3. Dezember zur 2. Lesung und am 16. sowie 17. Dezember zur 3. Lesung im Plenum an.

Fraktionen wollen europäische Zusammenarbeit weiterhin fördern

29. Oktober 2009 – Für eine Fortsetzung der Lissabon-Strategie hat sich Europaminister Andreas Krautscheid (CDU) im **Hauptausschuss** (Vorsitz Werner Jostmeier, CDU) ausgesprochen. Über das Jahr 2010 hinaus müsse es das Ziel der Staaten in Europa sein, gemeinsame

Unterschiedliche Ansichten zu betrieblicher Kinderbetreuung

29. Oktober 2009 – Unternehmen, Gewerkschaften und Kommunen sollen besser über die Möglichkeiten der betrieblichen Kinderbetreuung informiert werden. Dafür stimmte der **Ausschuss für Generationen, Familie und Integration** (Vorsitz Andrea Milz, CDU) mehrheitlich mit den Stimmen von CDU und FDP. Der Abstimmung zum Antrag (Drs. 14/7457) war eine öffentliche Anhörung von Sachverständigen am 20. August 2009 vorausgegangen, deren Erkenntnisse die Fraktionen nun auswerten. Die Anhörung habe verdeutlicht, so erklärte die CDU, dass die Politik der Landesregierung betriebliche Kinderbetreuung fördere. Dagegen betonten SPD und Grüne, die Anhörung habe im Gegenteil gezeigt, dass die Grundlagen für eine breite betriebliche Kinderbetreuung in Nordrhein-Westfalen komplett fehlten. Außerdem kritisierten die Oppositionsfraktionen bürokratische Hürden zur Einrichtung von Betriebskindergärten im Land. Sowohl ein entsprechender Antrag der Grünen (Drs. 14/7455) als auch ein Entschließungsantrag der SPD fanden im Familienausschuss keine Mehrheit.

Hauptausschuss kündigt weitere Änderungen für den Rundfunk an

29. Oktober 2009 – In einzelnen Punkten wollen die Regierungsfraktionen den Ent-

wurf zum 13. Rundfunkänderungsgesetz (Drs. 14/9393) anpassen. Das erklärten sie im **Hauptausschuss** (Vorsitz Werner Jostmeier, CDU) im Rückblick auf die öffentliche Anhörung zum Gesetzentwurf am 3. September 2009 (Berichterstattung hierzu auf Seite 15). Auch Medienminister Andreas Krautscheid (CDU) schlug im Ausschuss einzelne Änderungen am Entwurf vor. So solle unter anderem die Beteiligungsschwelle von Zeitungshäusern an Fernsehstation auf 25 Prozent festgesetzt werden. Über diese Schwelle hinaus wäre es für die Zeitungshäuser notwendig, einen Programmbeirat einzurichten oder Sendezeiten an unabhängige Dritte zu vergeben. Der Hauptausschuss wird die Änderungsanträge in seiner nächsten Sitzung am 12. November beraten und dann auch über eine Beschlussempfehlung an das Plenum abstimmen.

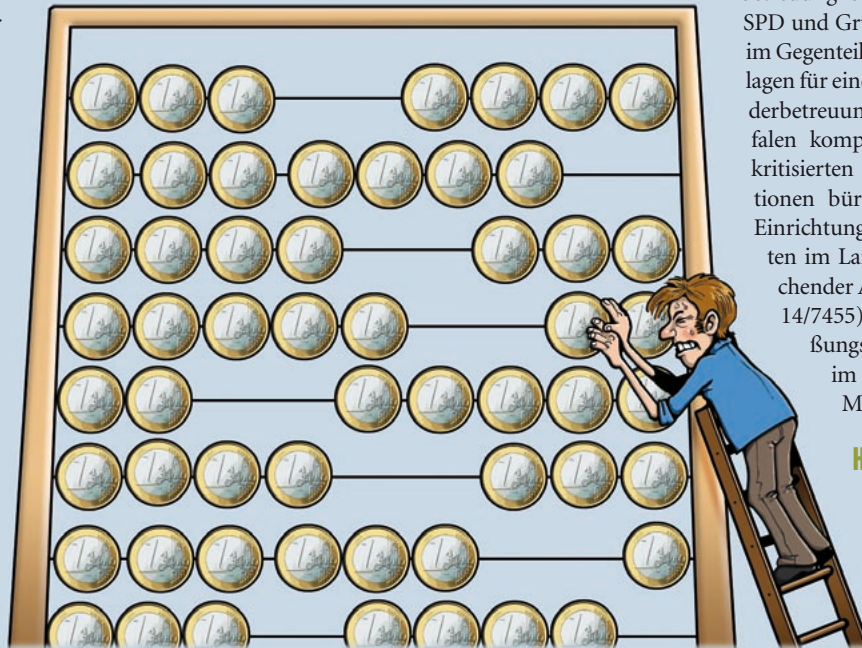


Illustration: Peter Flock

Strategien für Wachstum und Beschäftigung zu entwickeln und umzusetzen, erklärte der Minister. Im kommenden Jahr läuft das Lissabon-Programm aus, das die europäischen Staats- und Regierungschefs im Jahr 2000 zur Weiterentwicklung des europäischen Wirtschaftsraums beschlossen hatten. Die Fraktionen im Landtag begrüßten in der Diskussion die politische Zielsetzung, aus nordrhein-westfälischer Perspektive weitere Impulse für die europäische Zusammenarbeit zu setzen und diese weiter auszubauen. Während die SPD ein zunehmend vernetztes europapolitisches Handeln Nordrhein-Westfalens forderte, regten die Grünen an, den Informationsaustausch zwischen dem Landtag und der Landesregierung in europapolitischen Fragen weiter zu vertiefen.

Maßnahmen gegen das Meinungsmonopol

Öffentliche Anhörung zum Landesmedienrecht im Hauptausschuss

3. September 2009 – Damit insbesondere die Zeitungsverlage in Nordrhein-Westfalen besser für die Herausforderungen der modernen Medienwelt gerüstet sind und sinkenden Auflagenzahlen mit Hilfe neuer Geschäftsmodelle entgegenwirken können, möchte die Landesregierung von CDU und FDP das geltende Landesmediengesetz ändern. Konkret soll es den Zeitungshäusern ermöglichen werden, sich stärker als bisher an Rundfunkunternehmen beteiligen zu können und damit ihre cross-medialen Informationsangebote auszubauen. Im Hauptausschuss (Vorsitz Werner Jostmeier, CDU) bewerteten Sachverständige das 13. Rundfunkänderungsgesetz (14/9393). Die öffentliche Anhörung thematisierte außerdem weitere Herausforderungen für die Medien, beispielsweise die voranschreitende Digitalisierung des Hörfunks.

Der Gesetzentwurf der schwarz-gelben Landesregierung sieht eine Neuordnung des Medienkonzentrationsrechts vor. Presseunternehmen mit einer marktbeherrschenden Stellung in einem Verbreitungsgebiet dürfen nach geltendem Recht selbst keinen Rundfunk in diesem Gebiet veranstalten und sich höchstens mit 30 von 100 Prozent der Kapital- und Stimmrechtsanteile an einem anderen Rundfunkunternehmen beteiligen. Durch „vielfaltsichernde Maßnahmen“ – wenn ein Programmbereich eingerichtet oder Sendezeit an unabhängige Dritte vergeben wird – soll es den Pressehäusern zukünftig möglich sein, diese Prozentgrenze zu überschreiten. Im Mittelpunkt der öffentlichen Anhörung stand deshalb die Frage, inwieweit die vorgesehenen Änderungen gerade mit Blick auf eine gesicherte Meinungsvielfalt verfassungsgemäß sind.

Prof. Dr. Norbert Schneider, Direktor der nordrhein-westfälischen Landesanstalt für Medien, äußerte sich zustimmend zu dem Gesetzentwurf, kritisierte allerdings die vorgesehene Aufteilung der Telemedienaufsicht. Die Erfahrung der letzten Jahre habe gezeigt, dass Fragen der technischen Übertragungskapazitäten immer stärker auch die inhaltliche Gestaltung der Rundfunklandschaft bestimmen würden. Es sei daher vorteilhaft, wenn Inhaltsfragen und Fragen des technischen Zuschnitts in einer staatsfern organisierten Hand lägen, so der Sachverständige. Des Weiteren sprach sich Schneider für eine flexiblere Regelung bei den festgeschriebenen Beteiligungsgrenzen aus. Er äußerte außerdem verfassungsrechtliche Bedenken in Bezug auf die Möglichkeit einer hundertprozentigen Beteiligung eines Pressehauses an Rundfunkunternehmen, sofern zukünftig ein Programmbeirat oder Drittsendezeiten gegeben seien. Ähnliche Zweifel formulierte auch Prof. Dr. Christoph Degenhart vom Institut für Rundfunkrecht der Universität Leipzig. Der Gesetzgeber stehe hier vor der grundlegenden Schwierigkeit, die Balance zu halten zwischen hinreichender Effizienz des

einzurichtenden Rundfunkbeirats einerseits und der Wahrung von Gestaltungsfreiheiten im privaten Rundfunk andererseits.

MEDIENVIELFALT SICHERN

„Die Regelungen im vorliegenden Gesetzentwurf sind verfassungsrechtlich nicht zu beanstanden“, entgegnete Prof. Dr. Rolf Schwartmann von der Kölner Forschungsstelle für Medienrecht. Das Landesmediengesetz formuliere ein System, das einen verfassungsrechtlich tragfähigen Ausgleich zwischen unternehmerischer Freiheit und den Ansprüchen an die Verhinderung vorherrschender Meinungsmacht schaffe, so der Sachverständige. Im Anschluss begrüßte Prof. Dr. Peter M. Huber von der Ludwig-Maximilians-Universität München die vorgesehene Einrichtung eines Programmbeirats, denn dieser führe zu einem positiv zu bewertenden „Binnenpluralismus“. Die im Gesetzentwurf vorgesehene Alternative, Sendezeiten für unabhängige Dritte einzuräumen, reiche für die gewünschte Vielfaltsicherung dagegen nicht aus, weil nur ein Prozent der gesamten Hauptsendezeit Dritten gewährt werde, führte der Sachverständige aus.

Prof. Dr. Bernd Holznagel vom Institut für Informations-, Telekommunikations- und Medienrecht in Münster kritisierte in der Anhörung die starre Festlegung des Beteiligungsschwellenwerts eines marktdominierenden Presseunternehmens an einem Rundfunkunternehmen auf maximal 30 Prozent. Er plädierte im Landtag dafür, in begründeten Einzelfällen von diesem Schwellenwert abweichen zu dürfen. *Maria Rieb*



Foto: Schälte

In der Hauptausschuss-Sitzung am 29. Oktober 2009 haben die Fraktionen die Erkenntnisse der Anhörung ausgewertet und Änderungen im Entwurf angekündigt. Lesen Sie hierzu eine aktuelle Meldung auf der gegenüberliegenden Seite 14.

Entwicklungszusammenarbeit: Nordrhein-Westfalen übernimmt Verantwortung



Armut und Hunger, mangelhafte Bildung, die Verletzung von Menschenrechten sowie der Klimawandel: All das sind Probleme, die nicht nur die Menschen in den Entwicklungsländern trifft, sondern uns alle etwas angehen. Auch wir in Nordrhein-Westfalen wollen daher unseren Teil dazu beitragen, die globalen Aufgaben zu lösen. Dies untermauern die Koalitionsfraktionen von CDU und FDP jetzt mit einem gemeinsamen Antrag zur Entwicklungspolitik (Drs. 14/10015).

„Gerade in Zeiten der Wirtschafts- und Finanzkrise dürfen wir in unseren entwicklungspolitischen Anstrengungen nicht nachlassen. Denn eine koordinierte und nachhaltige Entwicklungszusammenarbeit nützt nicht nur den Entwicklungsländern, sondern sichert langfristig auch unsere eigene ökonomische, ökologische und gesellschaftliche Zukunftsfähigkeit“, betont der entwicklungspolitische Experte der CDU-Landtagsfraktion Chris Bollenbach (Foto). „Unser Engagement soll dabei

Hilfe zur Selbsthilfe sein. Es darf nicht zu fortwährenden Abhängigkeiten führen, sondern muss die Partnerländer in ihrer Eigenverantwortung stärken.“

Vorrangige Aufgabe des Landes sei es, als Träger und Rahmengerber für Entwicklungspartnerschaften bei der Koordinierung und Unterstützung der entsprechenden Akteure zu helfen. Die Landesregierung habe hier in den vergangenen Jahren zahlreiche Initiativen ergriffen, darunter eine verstärkte Förderung der entwicklungspolitischen Informations- und Bildungsarbeit, die Partnerschaftvereinbarung mit Ghana, die Erneuerung der Partnerschaft mit der südafrikanischen Provinz Mpumalanga oder die Etablierung der Bonner Konferenz für Entwicklungspolitik. Dies alles



seien wichtige Schritte in die richtige Richtung.

„Diesen Weg wollen wir auch in Zukunft fortsetzen. Wir wollen die Zusammenarbeit mit den in Nordrhein-Westfalen ansässigen Nichtregierungsorganisationen ausbauen, für kommunale Entwicklungspartnerschaften werben und vermehrt Akteure aus der Privatwirtschaft für ein Engagement in den Entwicklungsländern gewinnen. Und wir wollen insbesondere die Bildungsarbeit weiter intensivieren, damit sich die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes aktiv in die Entwicklungszusammenarbeit einbringen“, so Bollenbach. „Denn wenn jeder seinen Teil dazu beiträgt, können wir es schaffen, dass die Welt nach und nach ein Stück sicherer, gerechter und besserer wird.“

FDP fordert Sonntagsöffnung für Videotheken



Gemeinsam mit dem Interessenverband des Videofachhandels (IVD) hat FDP-Fraktionschef Gerhard Papke (Foto, r.) in Düsseldorf den Startschuss für eine gemeinsame Initiative zur Sonntagsöffnung der Videotheken in NRW gegeben. „Es ist höchste Zeit, das Thema auf die Tagesordnung zu setzen, damit Nordrhein-Westfalen nicht von allen anderen Bundesländern abgehängt wird“, betont Papke. Bereits jetzt dürfen in neun Bundesländern Videotheken an Sonn- und Feiertagen öffnen – zwei weitere (Hessen und Sachsen) habe die Freigabe beschlossen.

In Nordrhein-Westfalen verbietet der Gesetzgeber den Bürgern jedoch, sonntags Filme auszuleihen. Das möchte die FDP-Landtagsfraktion ändern. „Wir wollen eine Lösung mit Augenmaß. Eine Regelung wie in Sachsen, mit Öffnungszeiten zwischen 13 und 19 Uhr, ist hervorragend.“ Die FDP will die Sonn- und Feiertagsruhe nicht generell in Frage stellen. „Aber

wir wollen den Bürgern auch nicht vorschreiben, was sie an ihrem Sonntag machen. Und wir wollen die unfaire Benachteiligung der Videotheken

gegenüber Wettbewerbern beenden.“ Denn für Kinos, Sonnenstudios und Spielhallen gilt das Öffnungsverbot in Nordrhein-Westfalen nicht.



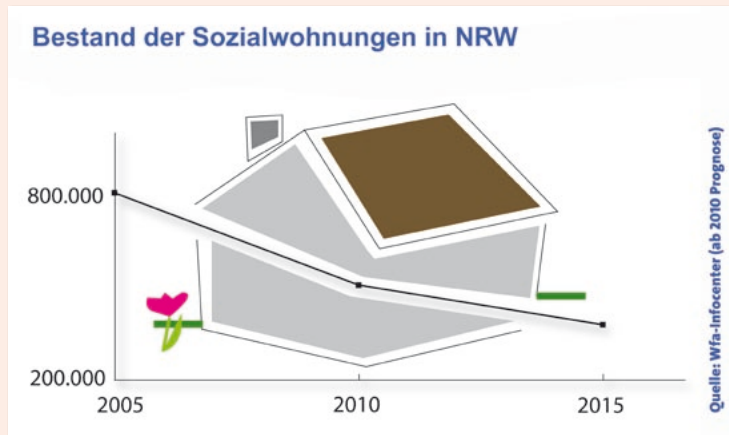
Für die FDP geht es auch um die soziale Dimension des Themas: „Wir wollen den Wunsch von Familien, am Sonntag gemeinsam zu Hause einen aktuellen Kinofilm aus der Videothek sehen zu können, gerne ermöglichen.“ Denn für viele Familien ist ein gemeinsamer Kinobesuch oftmals kaum noch zu bezahlen.

Zudem möchte die FDP-Landtagsfraktion einen Beitrag leisten, damit in NRW zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen werden können. „Es geht in der Wirtschaftskrise mehr denn je darum, jede einzelne Beschäftigungschance zu nutzen.“ Mit der Sonntagsöffnung der Videotheken könnte dafür gesorgt werden, dass ohne Subventionen hunderte Jobs in NRW geschaffen werden.

NRW braucht bezahlbare Wohnungen

In den letzten Jahren ist in Nordrhein-Westfalen der Anteil an Sozialwohnungen massiv zurückgegangen. 2010 werden noch etwa 500.000 Wohnungen einer Sozialbindung unterliegen. Immer weniger Wohnungen mit Sozialbindung stehen immer mehr Wohnungen in der Hand von internationalen Immobilieninvestoren gegenüber. Seit 2005 haben die sogenannten Heuschrecken über 200.000 Wohneinheiten aufgekauft. Der Wohnungsmarkt in NRW wird also immer weniger von kommunalen und kleinen Privatvermietern oder werkszugehörigen Gesellschaften bestimmt, sondern immer mehr von Investoren mit ausschließlichem und kurzfristigem Profitinteresse.

Aber anstatt durch gezielte Maßnahmen dafür zu sorgen, dass preiswerte Wohnungen in ausreichender Zahl zur Verfügung stehen, hat die CDU/FDP-Koalition in Düsseldorf die Situation für die Mieterinnen und Mieter in NRW



massiv verschlechtert. Schwarz-Gelb hat die Instrumente, mit denen sich der Wohnungsmarkt zum Wohle der Mieterinnen und Mieter sowie der Kommunen steuern lässt, massiv beschnitten.

Die SPD-Fraktion hat jetzt ein Paket von Maßnahmen in dem Antrag „Wohnen braucht Sicherheit“ (Drs. 14/10019) gefordert und auch eine Broschüre dazu veröffentlicht. Denn in

der Zeit, in der zahlreiche große Immobilieneigentümer ihre Modernisierungs- und Instandhaltungsausgaben massiv zurückfahren, in der Neubau und Sanierung zur Ausnahme werden und Substanzverlust tagtäglich erlebbar ist, ist die Politik mehr denn je gefordert. Sie muss dem Markt Grenzen setzen, Mieterinnen und Mieter schützen und Impulse für eine gute Zukunft des Wohnungsmarktes in Nordrhein-Westfalen geben. Ziel muss die Sicherung und der Ausbau von bezahlbarem und lebenswertem Wohnraum im ganzen Land sein.

Die Broschüre kann kostenlos bei der Pressestelle der SPD-Fraktion NRW, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf, bestellt werden. Natürlich findet man sie auch im Internet: www.spd-fraktion.landtag.nrw.de



Grüne Fraktion vor Ort – diesmal in Schwerte

Mehrmals im Jahr tagt die Grüne Landtagsfraktion außerhalb der Landeshauptstadt Düsseldorf. Dabei geht es zum einen darum, sich über die jeweilige regionale Situation „aus erster Hand“ zu informieren. Zum anderen nutzt die Fraktion aber auch die Möglichkeit, um abseits vom täglichen Geschäft bestimmte Themenschwerpunkte intensiv zu diskutieren.

Diese Woche führte sie der Weg in die Katholische Akademie in Schwerte. Hier trafen sich die Abgeordneten, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit den Grünen der Stadt Schwerte und des Kreisverbandes Unna. Gemeinsam mit ihnen nahm u.a. die Fraktionsvorsitzende Sylvia Löhrmann an der Eröffnung der Fotoausstellung des Stadtmarketings Schwerte Arbeitskreis Wasser teil.



Im internen Teil diskutierte die Fraktion insbesondere die politische Lage im Bund und die Bewertung des Berliner Koalitionsvertrags mit seinen Auswirkungen auf Nordrhein-Westfalen. Als Gesprächspartner hatte die Fraktion den renommierten Politikwissenschaftler Prof. Dr. Korte von



der Universität Duisburg-Essen (im Bild mit Sylvia Löhrmann) eingeladen. Die sehr interessanten und zum Teil auch überraschenden Ergebnisse der Debatte werden die Fraktion intensiv in ihrer Arbeit in den verbleibenden Monaten bis zur Landtagswahl am 9. Mai 2010 begleiten und bereichern.

„Reformieren oder abschaffen?“

Der Jugendstrafvollzug in NRW – Perspektiven und Alternativen

2. Oktober 2009 – Die am 19. Juni 2008 eingerichtete Enquetekommission III (Vorsitz Gabriele Kordowski, CDU) befasst sich mit der Erarbeitung von Vorschlägen für eine effektive Präventionspolitik in NRW. In der Anhörung zu neuen Wegen „der Resozialisierung straffällig gewordener Jugendlicher und Heranwachsender“ informierten Sachverständige über aktuelle Entwicklungen im nordrhein-westfälischen Jugendstrafvollzug sowie über alternative Resozialisierungsangebote.

Professor Werner Nickolai (Kath. Fachhochschule Freiburg) sprach sich für die Abschaffung des Jugendstrafvollzugs aus, da dieser nicht mehr zeitgemäß sei und mit 78 Prozent die höchste Rückfallquote aller Sanktionsformen nach dem Jugendgerichtsgesetz aufweise. Ein weiteres zentrales Problem liege in der Kopplung von Erziehung und Strafe. Allein schon die Personalstruktur der Vollzugseinrichtungen stehe dem Erziehungsauftrag entgegen, da dort hauptsächlich Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des allgemeinen Vollzugsdienstes, die über keine pädagogische Ausbildung verfügten, die meisten Kontakte mit den Insassen hätten. Alternativ sollten die ambulanten Angebote für straffällig gewordene Jugendliche und Heranwachsende differenziert und ausgebaut werden.

Der Leitende Regierungsdirektor Friedrich Waldmann (JVA Herford) konstatierte, das mit Wirkung zum 1. Januar 2008 in Kraft getretene Jugendstrafvollzugsgesetz NRW habe einen nie da gewesenen positiven Impuls gegeben. Insbesondere die längeren Besuchszeiten, deutlich erhöhte sportliche Aktivitäten sowie die Vorgabe, auf den Abteilungen nicht ständig wechselndes Personal einzusetzen, förderten den Aufbau sozialer Netze und ermöglichten

eine sinnvolle Freizeitgestaltung. Dennoch seien über die bereits erfolgte Stellenaufstockung hinaus weiterhin verstärkt finanzielle und personelle Zuwendungen erforderlich.

ALTERNATIVEN

Beispiele ambulanter sowie haftvermeidender und -verkürzender Maßnahmen aus dem Kölner Raum zeigte Gisela Strauff (Jugendgerichtshilfe Köln) auf. Angebote wie Anti-Aggressivitäts-Training und Täter-Opfer-Ausgleich hätten sich als präventive Maßnahmen für eine straffreie Lebensführung bewährt. Eine Alternative zur U-Haft oder Heimeinweisung könne die Haftverschonung mit Weisung der Betreuung durch die Jugendgerichtshilfe bis zum Hauptverhandlungstermin sein. Maßgeblich für den Erfolg dieser Alternativen sei die Zusammenarbeit von Jugendhilfe und Justiz, ebenso wie die Bereitschaft des Landes, die Kommunen finanziell zu unterstützen.

Dr. Michael Hellberg (Martinistift gGmbH Nottuln) legte dar, dass Jugendliche häufig zahlreiche Stationen mit unterschiedlichen Ansprechpartnern/-innen durchliefen und so schlicht von einer Maßnahme zur nächsten

wanderten. Viele seien massiv entwicklungsverzögert und müssten daher von der Jugendhilfe aufgenommen werden, um nachreifen zu können. Er sprach sich dafür aus, Kinder- und Jugendangebote, wie Kindergärten und Freizeiteinrichtungen, effektiver zur Prävention zu nutzen. Durch frühzeitiges Erkennen von Fehlentwicklungen könne minimalinvasiv gegengesteuert und eine eventuelle kriminelle Karriere verhindert werden.

Ismail H. Ünsal (Integrationshilfe Berlin-Brandenburg e.V.) erläuterte, das Kriminalitätsproblem jugendlicher Migranten sei nicht auf ethnische oder soziale Probleme, sondern auf die spezielle Migrationssituation zurückzuführen. Die Bekämpfung der sozialen Ausgrenzung sowie Integration durch Bildungs- und Arbeitschancen sollten daher durch finanzielle und personelle Unterstützung der Jugendhilfeeinrichtungen und innovativer Projekte sichergestellt werden. Unter anderem könnten Kooperationen mit Migrantenorganisationen sowie eine Förderung der interkulturellen Kompetenz aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Einrichtungen und Behörden dazu beitragen, straffällig gewordene Jugendliche zu erreichen und zu motivieren.

Prof. Dr. Bernd-Dieter Meier (Kriminalwiss. Institut der Universität Hannover) betonte, dass mit harten Sanktionen empirisch eindeutig kein zusätzlicher Sicherheitseffekt erlangt werde. Strafarrestaussetzung schneide bei den Rückfallquoten nicht schlechter ab als vollendeter Strafvollzug, daher seien ambulante Sanktionen möglichst vorzuziehen. Wichtig sei es, insbesondere bei Intensivstraf Tätern, dass die Maßnahmen erkennbar an die individuellen Bedürfnis- und Risikostrukturen der Täter anknüpfen. Generell müssten die jeweiligen Sanktionen besser evaluiert und die Ergebnisse der Kriminologischen Forschung in der Praxis beachtet werden.

Anica Bömkke



Europäische Gesichter

Drei neue Gesichter europäischer Nachbarn stellten sich im Oktober im Landtag Nordrhein-Westfalen vor: Hugues Nordi, Generalkonsul der Republik Frankreich, Jolanta Kozłowska, Generalkonsulin der Republik Polen, sowie Firat Sunel, Generalkonsul der Republik Türkei. Mit allen drei Ländern pflegt NRW, insbesondere auch der Landtag, gute Beziehungen. Parlamentarische Arbeitsgruppen kümmern sich um die entsprechenden Kontakte und den Ausbau der politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen. Dies waren denn auch die Themen beim Antrittsbesuch der neuen Generalkonsuln, wobei ein Schwerpunkt auf den Themen Bildung und Integration als zwei Seiten der gleichen Medaille lag. Gemeinsam, so der Tenor der Besprechungen, wolle man „Europa mit Leben erfüllen“.

Fotos: Schälte

Porträt: Marc Ratajczak (CDU)



Wenn es eben passt, „cruised“ Marc Ratajczak mit dem Motorrad zu seinen Terminen. „Das macht unheimlich viel Spaß. Man ist flexibel und findet überall einen Parkplatz“, begeistert sich der CDU-Abgeordnete für seine Suzuki V-Strom. Nachdem der 36-jährige im letzten Jahr den Motorradführerschein machte, fährt er leidenschaftlich gern. Allerdings gibt es ab und an Probleme mit der Kleiderordnung. „Mit Motorradklamotten zum Richtfest, das kommt nicht so gut“, weiß der CDU-Mann aus Erfahrung. „Deshalb habe ich meistens einen Anzug im Topcase.“ Als er unlängst ein Grußwort zum 100. Geburtstag eines Kindergartens halten musste, hat er sich in der Umkleidekabine nahe gelegenen Bäckerei umgezogen: „Ich kam mir vor wie Supermann, der wechselt ja auch immer in Telefonzellen die Sachen“, lacht Ratajczak.

Besonders überrascht den CDU-Mann, wie schnell er über sein Motorrad mit den Menschen ins Gespräch kommt. „Es ist unglaublich, wie viele sich für Motorräder interessieren und die Distanz, die es zuweilen gibt, wenn ich in Schlips und Kragen erscheine, gibt's nicht, wenn ich mit dem Motorrad komme.“ Während das Motorradfahren sich auf die Sommermonate beschränkt, sind die übrigen Hobbys von Marc Ratajczak jahreszeitlich ungebunden. Als ehemaliger Messdiener ist er heute Gruppenleiter in der Katholischen Jugend. Aus seiner Zeit bei der Freiwilligen Feuerwehr und beim DRK macht er als staatlich geprüfter Rettungssanitäter auch heute noch an Wochenenden bei Festen Sanitätsdienst. „Da kommt mein Helfersyndrom zum Vorschein“, witzelt er über sein soziales Engagement.

Von Beruf ist Marc Ratajczak bodenständiger Betriebswirt. Nach Fachhochschulreife und Ausbildung zum Kaufmann der Grundstücks- und Wohnungswirtschaft arbeitete er bei einer Genossenschaft, studierte dann an der privaten Hochschule für Wirtschaft in Bochum und war

nach seinem Abschluss als staatlich geprüfter Betriebswirt als Geschäftsführungsassistent bei einem Düsseldorfer Immobilienunternehmen tätig, ehe er Landtagsabgeordneter wurde.

Sein erster Kontakt zur Politik war zufällig und eher spielerisch. Die Junge Union lud ihn zu einer Rallye ein, bei der er Schlusslicht wurde. „Damit mir das nicht noch mal passiert, bin ich 1988 in die JU eingetreten. Da konnte ich die Aufgaben selber stellen“, meint er fröhlich. 1991 wurde er CDU-Mitglied. Seit 1994 gehört er dem Rat seiner Heimatstadt Mettmann an. Als man ihn 2004 fragte, ob er für den Landtag kandidieren wolle, lehnte er zunächst ab, ließ sich dann aber doch überreden und zog nach einem sehr persönlich und unkonventionell geführten Wahlkampf mit einem Direktmandat in den Düsseldorfer Landtag ein.

Anlaufschwierigkeiten hatte er nicht, zumal das Fernsehen ihn als Neuling ausgeguckt und bei seinen ersten Schritten als Abgeordneter begleitete. Auf diese Weise wurde er hoch offiziell begrüßt und besichtigte im Scheinwerferlicht das Parlamentsgebäude. „Eigentlich waren alle CDU-Abgeordneten Anfänger, weil noch keiner einer Regierungsfraktion angehört hatte“, erinnert er sich.

Bei der Auswahl seiner Ausschüsse hatte der CDU-Politiker Glück. „Ich wollte unbedingt in den Petitionsausschuss, weil man da wirklich etwas bewegen kann. Außerdem behält man als Mitglied in diesem Ausschuss die Bodenhaftung, weil man mit den Sorgen der Bürger konfrontiert wird.“ Außerdem ist Ratajczak im Ausschuss für Schule und Weiterbildung sowie im Ausschuss für Generationen, Familie und Integration. Viel Zeit investiert er in seine Aufgabe als Sektenexperte der CDU-Fraktion. „Es geht vor allem darum, in Schulen, aber auch an Handwerkskammern und IHKs für Prävention zu werben.“

Besonders gern betreut Marc Ratajczak Besuchergruppen aus seinem Wahlkreis Mettmann IV. Fast jede Woche führt er eine Gruppe durch den Landtag. Für Kinder hat er sich ein Spezialprogramm ausgedacht, um ihnen die Politik verständlich zu machen. Überhaupt fühlt sich der Christdemokrat seinem Wahlkreis sehr verbunden. Regelmäßig hat er Sprechstunden in seinem Wahlkreisbüro. „Ich versuche, für die Menschen vor Ort ein offenes Ohr zu haben“, sagt Ratajczak. Im Landtag versteht er sich als Verbindungsmann zur Basis. Er hat sich so gut in seine Arbeit als Landtagsabgeordneter eingearbeitet, dass er gern wieder kandidieren würde. Ein oder zwei weitere Legislaturperioden als Politiker kann er sich gut vorstellen. „Es macht unglaublich viel Spaß und das Feedback der Bürger spornt an, noch mehr zu tun“, bilanziert Marc Ratajczak. *Gerlind Schaidt*

FCL-Erfolgsserie reißt gegen Kalletal

Als klarer Favorit ging der FC Landtag NRW in die Begegnung, hatte er doch im Sommer des vergangenen Jahres mit 8:1 in Kalletal triumphiert. Und er trat mit einer starken Aufstellung an: Mit Wolfgang Euteneuer im Abwehrzentrum, flankiert von Bernhard Tenhumberg, Bernd Heimfarth und Jens Harmeier. Bis zur Pause sah es durchaus noch gut aus für die Parlamentsmannschaft, denn der FCL führte mit 2:1. Immerhin hatten drei Torchancen zu zwei Treffern geführt. Die Kalletaler, die FCL-Keeper René Markgraf zu mehreren spektakulären Paraden zwangen, waren zunächst in Führung gegangen. Werner Mayer glückte aus, und Stojan Petrov erhöhte durch einen Elfer auf das glückliche 2:1. Der Ausgleich für Kalletal – ein wunderbarer Schuss in den Torwinkel – brachte den FCL zurück auf den harten Boden der Fußball-Realität. Da halfen auch die technischen Feinheiten eines Walter Kern und eines Ibi Filinte nichts mehr. Und so hingen der wuchtige Jens Petersen und der wendige Willi Nowack in der Luft. Personell geschwächt wurde das Team auch durch ein mysteriöses Zwicken im Rücken, das plötzlich einige der Kämpen befahl und ihre Einsatzfreude hemmte. Die Kalletaler griffen die Gelegenheit beim Schopfe und übten fürchterliche Rache für die Heimmiederlage der vergangenen Saison. Der FCL offenbarte Konditionsängel und zeigte sich auch mental nicht auf der Höhe. Vier weitere Treffer rauschten in sein Tornetz. Mit der Niederlage von 2:6 ist die Erfolgsserie des FC Landtag brutal gerissen. Kein schönes Ende der Freiluft-Saison 2009. *Hans Zinnkann*

Herausgeberin: Die Präsidentin des Landtags Nordrhein-Westfalen, Regina van Dinterh, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, 40002 Düsseldorf

Redaktion: Christoph Weißkirchen (cw, Chefredakteur), Sonja Wand (sow, Redakteurin), Bernd Schälte (bs, Fotoredaktion) Redaktionelle Mitarbeit:

Doro Dietsch (dd), Sebastian Wuwer (sw) Telefon (0211) 884-2545 (cw), 884-2304 (sow), 884-2309 (bs), 884-2450 (dd) und 884-2137 (sw) Fax 884-3551, email@landtag.nrw.de

Redaktionsbeirat: Peter Biesenbach MdL (CDU), Parlamentarischer Geschäftsführer; Carina Gödecke MdL (SPD), Parlamentarische Geschäftsführerin; Ralf Witzel MdL (FDP), Parlamentarischer Geschäftsführer; Johannes Remmel MdL (Grüne), Parlamentarischer Geschäftsführer; Achim Hermes (CDU), Pressesprecher; Thomas Breustedt (SPD), Pressesprecher; Wibke Op den Akker (FDP), Pressesprecherin; Rudolf Schumacher (Grüne), Pressesprecher.

Nachdruck mit Quellenangabe erbeten **Satz:** de haar grafikdesign, Köln · www.dehaar.de

Herstellung und Versand: VVA Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Höherweg 278, 40231 Düsseldorf

Internet-Adressen: www.landtagintern.de, www.landtag.nrw.de

Landtag Intern wird auf umweltschonend hergestelltem, chlorfrei gebleichtem Papier gedruckt.

Geburtstage

Vom 4. November bis 1. Dezember 2009

4.11. Eiskirch, Thomas (SPD)	39
5.11. Jung, Reinhard (SPD)	57
8.11. Asch, Andrea Ursula (Grüne)	50
15.11. Lorth, Gerhard (CDU)	65
17.11. Brunert-Jetter, Monika (CDU)	54
24.11. Haseloh, Karl-Heinz (SPD)	63
28.11. Börschel, Martin (SPD)	37

Ehemalige Abgeordnete – besondere Geburtstage ab 70

18.11. Woldering, Marie-Luise (CDU)	75
22.11. Lücke, Wilhelm (CDU)	75
27.11. Dr. Antwerpes, Franz-Josef (SPD)	75
28.11. Jammes, Maria (SPD)	70
30.11. Kröhan, Erich (SPD)	85

Verstorben

16.10.2009, Dr. Annemarie Schraps (CDU),
MdL 1990-2005
23.10.2009, Dr. Rolf Krumsiek (SPD),
MdL 1985-1995

Termine

2. bis 6. November **Ausstellung „Wir aus Estland“**, eine eigenständige Umsetzung westlicher Kunstbewegungen, häufig in großformatigen und abstrakten Radierungen und Lithografien. Gezeigt werden Werke von elf Künstlerinnen und Künstlern.

4. bis 27. November **Ausstellung anlässlich des Mauerfalls** vor 20 Jahren: „Grauzone“ – Fotografien von Ralf Schuhmann von den Hauptschauplätzen Leipzig und Berlin von den Montagsdemos bis zum Mauerfall.

4. bis 23. November **Ausstellung der Arbeiterwohlfahrt**, die die Geschichte der Selbsthilfeorganisation der Arbeiterschaft als Spiegelbild der Deutschen Geschichte der zurückliegenden 90 Jahre (Kaiserreich, Weimarer Republik, Zeit im Exil, Wiederaufbau, Gegenwart) dokumentiert.

Landtag Intern erscheint wieder zum nächsten Plenum am 2. Dezember 2009.

Landtagsandacht

Der Beauftragte der Evangelischen Kirchen bei Landtag und Landesregierung, Rolf Krebs, sowie der Leiter des Katholischen Büros, Dr. Karl-Heinz Vogt, laden ein: am 5. November 2009 um 8 Uhr zum Parlamentsfrühstück, um 9 Uhr zur Landtagsandacht im Raum E3 Z03.

Raum für Aufkleber (Postvertrieb)



Richtfest für den Landtagsanbau

Traditionsgemäß mit Richtkranz, Richtspruch und auch Richtschmaus hat der Landtag die Fertigstellung des Rohbaus für den Anbau gefeiert. Aber während vor 25 Jahren, im November 1984, beim Richtfest des Landtagsneubaus von Hiobsbot-schaften die Rede war (der Rohbau war vom Hochwasser überflutet worden), gab es diesmal nur positive Nachrichten: „Wir mussten nicht mehr Geld ausgeben, und wir liegen auch voll im Zeitplan. Alles läuft also wie am Schnürchen“, sagte Landtagspräsidentin Regina van Dinter (im Bild neben dem Polier Theodor Lepper). Insbesondere der ebenfalls anwesende Architekt des (An-)Baus, Professor Fritz Eller, freute sich, als sie ausrief: „Man kann wohl sagen ungezwungen, der Rohbau ist euch gut gelungen ...!“

Der Innenausbau kann nun starten, die Montage der Fensterlügel aus Baubronze hat bereits begonnen. Die Fenster-rahmen sehen zunächst goldfarben aus. Aufgrund des natürlichen Verwitterungsprozesses werden sie sich im Laufe der Zeit farblich an die Bestandsfassade anpassen. In einem Jahr sollen die 84 neuen Büros mit insgesamt 1.260 Quadratmetern neuer Bürofläche bezogen werden.

Foto: Schälte